

Angelpapier: Die 8 gespaltenen Millimeterzelle oder deren Raum 100.— Mark, Stellen- und Wohnungsangelegenheiten, Familienangelegenheiten, Verleumdungen und Besondere Anzeigen per Wort 5.— Mark. — Kleinanzeigen per Wort 5.— Mark. — Die Millimeterzelle 8 gespalten oder deren Raum im Text 280.— Mark.

Schlesische

Verkaufspreis: Durch den Träger Einzelnummer 200 Mt. 1000.— Mt. pro Woche. Durch die Post mit Differenzbetrag des Monats. — Monat und Quittung des Differenzbetrages im Monat. — Monatspreis: 5.— 6 Uhr nachmittags Postschickung: Breslau Nr. 210 50. — Fernspr.: Breslau, Ring 8897

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 111.

Dienstag, den 15. Mai 1923.

5. Jahrgang.

Komplot zwischen Cuno, Seeckt und den Faschisten!

Ein Gelöbnis an Worowskis Leiche

Lausanne, 14. Mai.

Die Trauerfeier zu Ehren Worowskis fand heute nachmittag auf dem Friedhof zu Montoi in Gegenwart zahlreicher Teilnehmer statt. Am Ort drapierten Sarge, der von zahlreichen Kranzgebern bedeckt war, hielt Genosse Meffinoff von der Bolschewik in Berlin eine Rede, in der er ausführte: Wir haben in unserem Genossen Worowski einen unserer besten Mitkämpfer und Kameraden verloren. Selbst seine Feinde mußten seine hohen Tugenden und seinen adligen Charakter anerkennen. Er wurde auf seinem Kampfplatz feige ermordet, aber der Kampf wird weiter geführt werden.

Die Arbeitermassen werden ihre Wachsamkeit und ihre Energie im Kampfe gegen den internationalen Faschismus verdoppeln.

Hierauf hielt der russische Kolo-Kreuz-Nat-Spökel im Namen der russischen Vertretung und der Vorstand der Schweizerischen Kommunistischen Partei, Dr. Welli, Ansprachen zu Ehren des Ermordeten. Der Sarg wurde dann nach dem Bahnhof geleitet. Die Überführung des Sarges nach Berlin erfolgt in Begleitung der Vertreter der russischen Bolschewik in Berlin und des Genossen Threns. Witschowski, der noch nicht transportfähig ist, bleibt vorläufig in Lausanne.

Deutschbolschewistische Putzabsichten

Berlin, 15. Mai.

Ueber Einzelheiten, die die deutschbolschewistische Putzabsichten deutlich illustrieren, meldet der „Vorwärts“ heute morgen: „Es wurde bei Hausdurchsuchungen bei verschiedenen deutschbolschewischen Führern eine erstaunliche Menge von Plänen, Briefen usw. beschlagnahmt, aus denen hervorgeht, daß die deutschbolschewische Partei in Mecklenburg und Schleswig-Holstein über eine große Menge von Waffenlagern verfügt. Offizielle Putzpläne beteiligt. Sie haben die großen der Reichswehr sind an den monarchistischen Depots als Bestände der Reichswehr deklarieren. Militärischer Leiter der Organisation ist General a. D. Helffrich. Aus dem gefundenen Material geht mit aller Klarheit hervor, daß die deutschbolschewische Freiheitspartei die Nachfolgerin der Orgefa ist.“

Orgeschwaffen in Oberschlesien

Hindenburg, 14. Mai.

Auf der Königin-Luise-Grube wurden auf Drängen des Betriebsrates 100 000 Schußgewehrmunition, ferner ein Minenwerfer, die von der Orgefa auf der Anlage versteckt waren, beschlagnahmt.

Diese Nachricht beweist, daß die ober-schlesischen Unternehmer trotz alles Abneigens die Faschisten und ihre Waffenschiedungen unterstützen.

Nur durch die Wachsamkeit der Betriebsräte und die Tätigkeit proletarischer Hundsberrkschäfte können die zahlreichen Orgeschwaffen, die noch auf den Anlagen versteckt sind, ausgehoben werden.

Der Aufmarsch der englischen Arbeiterchaft

London, 14. Mai.

In den gestrigen Kundgebungen der unabhängigen Arbeiterpartei auf dem Trafalgar Square, in denen gegen die britische Note an Sowjetrußland protestiert wurde, wurde eine Resolution angenommen, in der die Zurückziehung des Ultimatus gefordert, für eine Konferenz zwischen der britischen und russischen Regierung eingetreten und die volle Anerkennung der Sowjetregierung gefordert wird.

Berlin, 14. Mai.

Die heutige Reichstags-Sitzung brachte Enthüllungen, die für uns Kommunisten zwar nicht übermäßig überraschend kommen, der Regierung aber und den bürgerlichen Parteien anscheinend sehr peinlich waren. Der Minister Deser versuchte in der Sonnabend-Sitzung bei der Besprechung der Interpellation über die Auflösung der Deutschbolschewischen Partei durch juristische Hintertüren zu schlüpfen, um einer sachlichen Stellungnahme zu dieser Faschistenbewegung aus dem Wege zu gehen. Er befindet sich in etwas fataler Lage: er wollte Severing nicht dekonvertieren, er wollte aber auch den Deutschbolschewischen nicht wehe tun, und so kam ihm der Staatsgerichtshof mit seinem Wonn und Wör und seiner Vertagung der Entscheidung gerade recht. Die Deutschbolschewischen bedroht aber dieses Kneifen der Regierung. In der heutigen Sitzung ging der deutschbolschewische von Graese zum Angriff über.

Er fragte die Regierung, ob es nicht wahr sei, daß die Deutschbolschewischen mit der Regierung über ihre Parteiziele und ihre Organisationsstruktur verhandelt hätten, ob die Regierung nicht in alle Unternehmungen und organisatorische Beziehungen der Deutschbolschewischen eingereicht sei, und wieso die Regierung nach dieser Kenntnis zu einem Verbot der Deutschbolschewischen Partei ihre Zustimmung geben könne?

Diese in Zorn herausgeschleuderte Beschuldigung, daß die Regierung mit den Deutschbolschewischen unter einer Decke stecke, rief starke Sensation in Hause hervor. Minister Heine erhob sich sofort, aber nicht, um auf die Graese'sche Beschuldigung einzugehen, sondern um einseitige entrüstete Redensarten wegen der Angriffe auf den Staatsgerichtshof zu machen.

Dann kam Minister Deser, verlegen, viel überflüssige Redensarten machend, aber schließlich doch zugeben, daß die Deutschbolschewischen mit Cuno und Seeckt verhandelt haben. Er behauptete allerdings, daß sich diese beiden Regierungsmänner kühl und interesselos verhalten hätten. Den schwächlichen Eindruck, den dieses Verstecken machte, suchte Deser durch einen Schwall von staatsrechtlichen und formal juristischen Redensarten zu vertuschen. Dann aber kam er den Deutschbolschewischen sogar mit der Versicherung entgegen, die Regierung wolle politische Parteien nicht verbieten, auch die bayrische Verordnungsform, von der er selbst nicht behauptet, daß sie sich gegen rechts richtet, solle nachgeprüft und in ihrer Wirkung beobachtet werden.

Die langen und zum Teil heftigen Reden der Minister, die unter dem Eindruck der Graese'schen Ausführungen sich förmlich zum Wort drängten, verstärkten eher den Eindruck, als daß sie ihn hätten abschwächen können, daß die Regierung hinter den Kulissen allerhand Leichter-Mechtel getrieben hat.

Lebedour (MSPD.) beantragte zur Geschäftsordnung, daß Graese sofort noch einmal das Wort erhalte, um nähere Aufklärung über die Verhandlungen mit der Regierung zu geben. Die Mehrheit des Reichstages beschloß, aber Herr von Graese kniff. Er hofft wahrscheinlich, die Gunst der Regierung noch zu gebrauchen, als daß er sie sich so leichtsinnig durch weitere Enthüllungen verschmerzen sollte, aber er kam doch nicht darüber hinweg, wieder allerhand Andeutungen zu machen, die die Geschichte noch verdächtiger erscheinen lassen. Nach einiger Zeit erhob sich dann auch Deser wieder und gab im Namen des Reichskanzlers, von dem er sich mittlerweile hatte autorisieren lassen, folgende Erklärung ab: Der Reichskanzler Cuno habe zwar einmal mit Herrn Kossack verhandelt, aber er habe Herrn Kossack nicht gekannt und habe erst durch den P. o. e. hat dem Leipziger Staatsgerichtshof erfahren, was für eine Gesellschaft eigentlich die Deutschbolschewischen seien. — Ein famoler Reichskanzler, der den Rheinländer Müller-Dann nicht kannte und ihn in sein Ministerium aufnahm, und der jetzt einwendet — oder der Welt vorreden will, — daß er Kossack nicht gekannt habe und nicht anse, daß die Deutschbolschewischen eine monarchistische Verschwörerbande sind. Dieser Reichskanzler ist würdig, sich Mitglied des Klubs der Sozialisten zu werden!

Genosse Kemme benannte seine Rede gleich mit der Feststellung dieser doppelten Moral. Wäre die kommunistische Partei verboten worden, dann hätte

kein Hahn danach geträht, da es die Deutschbolschewischen traf, hat sich eine ganze Anzahl Parteien gefunden, die sich gegen das Verbot ins Zeug legten. Bei den letzten Debatten über die Abgeordneten-Immunität zeigte sich auch, daß es für die Kommunisten Immunität nicht gibt. Die gibt es nur für deutschbolschewische Verschwörer. Genosse Kemme wie, dann auf den internationalen Vorstoß der Faschisten hin, dessen seit verbrecherische Tat der Mord an Worowski in Lausanne war. Und in dem Augenblick, wo die internationale Bourgeoisie gegen die Kommunisten vorrückte, wo der Faschismus international mobil macht, soll Severing für die Kommunisten ein entretener! Diese alberne Redensart ist nichts als ein Ablenkungsmanöver.

Genosse Kemme weist dann die Verschuldigung gegen die rheinischen Kommunisten dar: sie mit den Franzosen härteren sollen, als freie niederträchtige Blige zurück. Er verweist auf die Internierung H. L. e. n. s., die Verhaftung zahlreicher Kommunisten im Ruhrgebiet, das monatelange Verbot der kommunistischen Presse im Ruhrgebiet, und darauf, daß kommunistische Bezirksleiter auf Jahre ins Gefängnis gewandert sind, wegen ihrer Tätigkeit gegen den Ruhrstreik.

Die Kommunisten werden verhaftet die Bürgerlichen beorgen die Geschäfte der Franzosen.

Genosse Kemme schildert dann die Tätigkeit der Hundertschaften im Ruhrgebiet, die Ordnung geschaffen haben gegen Räuber, die mit Legitimationen der Hitlerorganisationen und der Faschisten ausgerüstet oder französische Spiesch waren. Der Kampf der Regierung gegen den Faschismus ist nur Komödie, wenn es anders wäre, hätte man längst die Bruststätte des Faschismus ausgeräumt. Zum Schluß kennzeichnet Genosse Kemme die bayrische Verordnungsform, die sich wieder ausschließlich gegen die Kommunisten und nicht gegen den Faschismus richtet. (Beifall bei den Kommunisten.)

Die Erklärung, die Deser im Namen des Reichskanzlers abgab und die eine große Pointe erkennen ließ, machte es notwendig, den Herren von der Regierung das Gedächtnis aufzufrischen, wenn die Beobachtung der Wirksamkeit der bayrischen Verordnungsform von Erfolg sein sollte.

Genosse Thomas

legte darum in längeren Ausführungen dem Innenminister das notwendige Material vor. Er sagte: Es ist nicht das bayrische Volk, das sich heute mit Ausnahmeverordnungen gegen die Kommunisten schützen will, denn die kommunistische Partei ist ein Teil der bayrischen Bevölkerung. Die Ausnahmeverordnungen Bayerns ist vielmehr eine Antwort auf das Verbot Severings, und zwar eine Antwort Ludendorffs, der mit seinen Vasallen, den ehemaligen Offizieren der preussischen Armee in Bayern die Politik bestimmt. Und diese ausgesprochenen Hochverräter erdreisten sich, eine Verordnung gegen Hochverrat zu erlassen. Wir wissen, daß der Hochverrat heute einzig und allein betrieben wird: in der Wirtschaft von Kapitalisten und in der Politik von unseren Regierungen. Wir wissen, daß die Hitlerente mit der wohlwollenden Haltung der bayrischen Regierung zu rechnen haben, wenn sie mit den Franzosen weiten konspirieren zwecks Loslösung Bayerns vom Reich. Wir würden auch über diese Seite der bayrischen Regierung hinweggehen, wenn sie nicht eine große Gefahr für das Proletariat bedeuten würde, denn mit ihr parallel laufen die Wuturteile der bayrischen Volksgerichte, die schamloseste Justizinstitution der Jetztzeit. Wir wissen aber auch, daß weder diese, noch eine andere Verordnung die kommunistische Partei oder den kommunistischen Gedanken in Bayern töten könnten. Er wird leben und mit den bürgerlichen Unterdrückungsmethoden den Kampf aufnehmen. Die Waffen zu diesem Kampf bestimmen Sie, greifen Sie an, Sie werden uns gerüstet finden!

Die kommunistische Fraktion brachte den Antrag ein, die bayrische Ausnahmeverordnung vom 11. Mai sofort außer Kraft zu setzen und den Reichspräsidenten zu ersuchen, sämtliche Organisationen, die am 1. Mai in Bayern den vaterländischen Verbänden angeschlossen waren, durch eine Verordnung anzulösen.

In der Abstimmung wird das Ministergehalt gegen die Stimmen der Kommunisten bewilligt. Die Resolution der Deutschnationalen und eine Resolution Guérard (Str.), die beide Revision des Republikstuhlgesetzes verlangen, werden abgelehnt. Ebenso die kommunistische Resolution auf Aufhebung der bayrischen Verordnungsform. Für die letztere stimmen auch die Sozialdemokraten. Abgelehnt wurde auch eine kommunistische Resolution, die eine Verteilung der Kohlen im Ruhrgebiet zu billigen Preisen an die Bevölkerung verlangt und eine zweite Resolution, welche sich gegen die Auslieferung der Fabrikationsgeheimnisse an die Franzosen durch die Badische Anilin- und Soda-Fabrik richtet.

Das Proletariat und die Marktlatastrophe

Eine Gruppe deutscher Großkapitalisten, unter Führung des Herrn Hugo Stinnes hat die Marktlatastrophe der Reichsbank gelöst. Der Zweck dieser Aktion ist klar. Das Herabdrücken des Marktkurses sollte die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie durch Senken des Reallohnes verbessern, die Möglichkeit schaffen, die zu einem relativ günstigen Marktkurs aufgenommenen Staatskredite in entwertetem Gelde zurückzahlen.

Die führenden Köpfe der Bourgeoisie wissen, daß durch bloße Interventionskäufe zwar vorübergehend eine Senkung des Marktkurses erzielt werden kann, daß aber, solange die wirtschaftlichen Ursachen des Marksturzes andauern, ein nachhaltiger Erfolg nicht möglich ist. Sobald die ziemlich beschränkten Gold- und Devisenvorräte der Reichsbank erschöpft sind, wird der erweiterte Sturz der Valuta unausführbar.

Wirtschaftlich also bedeutet die Marktlatastrophe den dauernden Verlust eines beträchtlichen Teils der Reserven der Reichsbank mit dem Erfolg einer vorübergehenden Verbesserung des Marktkurses. Trotzdem war die Stützungsaktion im Rahmen einer Politik richtig. Die eine vorübergehende Atempause sichern wollte. Das wollte die Bourgeoisie im Anfang der Ruhrkrise. Ein sofortiger weiterer Sturz der Marktlatastrophe hätte die Klassengegenstände innerhalb Deutschlands derartig rasch zu zugespitzt, daß die nationale „Einheitsfront“ ebenso rasch zu Ende gewesen wäre. Die Marktlatastrophe machte zudem den Bezug ausländischer Kohle zu einem glänzenden Geschäft. Die deutsche Bourgeoisie glaubte, durch den passiven Widerstand viel Zeit gewinnen zu können, bis England eingegriffen hätte, um ein für sie günstiges Kompromiß zu erzwingen. Von diesem Standpunkt aus war die Marktlatastrophe der Reichsbank richtig. Hinter ihr stand die deutsche Bourgeoisie, aber die Spekulation der Bourgeoisie war falsch. Stinnes zerstörte die Stützungsaktion, weil sie nun mit seinen unmittelbaren Geschäftsinteressen und seiner Perspektive in Widerspruch geratet war. Und die Bourgeoisie glaubt nicht mehr an die nationale Abwehr, sie zittert bei dem Gedanken, daß bei der Fortführung des Kampfes gegen den französischen Imperialismus das deutsche Proletariat unweigerlich die Führung erhalten werde.

Die linksbürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten drängen zur Kapitulation, weil sie den Abwehrkampf des Proletariats als einziges Mittel betrachten, um Poincaré aus dem Ruhrgebiet herauszubekommen. Vielmehr fürchten sie den Sieg des französischen Imperialismus. Darum wurde die Soldatenkette sabotiert, darum hat Stinnes die Marktlatastrophe der Reichsbank durchkreuzt.

Den deutschen Arbeitern wird offenbar, daß niemand sie gegen den französischen Imperialismus schützen kann, als sie selbst aus eigener Kraft. Eine Verschärfung der Valutakrise bringt eine Verschärfung der Klassengegenstände, zugleich eine verstärkte Abhängigkeit vom kapitalistischen Ausland. Bei einem sinkenden Marktkurs wird es unmöglich, die notwendigerweise eingeführten Waren zu bezahlen. Deutschland ist vermehrt auf ausländische Kredite angewiesen. Die weitere Zuspitzung der Klassengegenstände in Deutschland allerdings liegt in der Linie der zwangsläufigen Entwicklung, ganz unabhängig vom Tempo des Marksturzes. Aber der Marktkurs selbst vermindert die Bewegungsfreiheit des deutschen Proletariats und kann dazu führen, daß eine deutsche Arbeiterregierung — als Produkt der Zuspitzung der Klassengegenstände — durch die Abhängigkeit vom Ausland in ihrer Aktionsfreiheit stark beeinträchtigt würde. Breite Arbeiterschichten sehen in einer weiteren Geldentwertung zwar eine Verminderung des Reallohnes, aber auf der anderen Seite —

was ihnen viel wichtiger erscheint — eine Sicherung der Arbeitsmöglichkeit. Die Verminderung der Arbeitslosigkeit und kurzzeitig durch die Umwertung der Mark kann jedoch bei uns nicht eintreffend ist und ist unweigerlich mit einer erneuten Senkung des Reallohnes begleitet. Die Geschwindigkeit der Geldentwertung nimmt notwendigerweise zu, sie nähert sich bald dem Punkt, wo die Einfuhr ausländischer Rohstoffe unumgänglich wird und damit auch die Arbeitslosigkeit wieder gewaltig zunimmt.

Der Marktschwund bedeutet also für das Proletariat: Herabsetzung des Reallohnes, vorübergehend aber eine Verminderung, auf die Dauer aber Verfestigung der Arbeitslosigkeit und politisch verstärkte Abhängigkeit vom Ausland. Diese Konsequenzen kann das Proletariat nur durch den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft beseitigen. Dazu gehört zunächst der Sturz der Camo-Regierung, der Kampf für eine Arbeiterregierung.

Welche Maßnahmen schlägt die bürgerliche Regierung gegen den Marktschwund vor? Halbheiten! Ein Recht der Reichsbank, Erhöhungen einzuziehen und „überflüssige“ Bewilligungen deutscher Kapitalisten anzufordern — als Sicherung lächerlich geringe Strafandrohungen. Sie kann nicht weiter gehen, weil sie das kapitalistische Ausbeuteverhältnis nicht angreifen kann. Energische Maßnahmen kann die Arbeiterregierung erwarten, die den entschlossenen Willen des Proletariats verkörpert, einen wirklichen Kampf gegen den französischen Imperialismus durchzuführen und die letzten notwendigen Konzeptionen der Bourgeoisie aufzuerlegen. Keine rein bürgerliche Regierung, keine Koalitionsregierung kann das Proletariat vor der zunehmenden Wucht ungehemmt wirkender kapitalistischer Triebe retten. Valutapolitische Maßnahmen allein würden Halbheiten sein. Die Produktionsmittel und die politische Macht dürfen nicht uneingeschränkt in der Hand der Kapitalisten bleiben. Mit einer Beschlagnahme der Valuten ist nichts getan, solange eine freie Verfügung über alle Waren, die ins Ausland exportiert werden, den Kapitalisten die Möglichkeit gibt, neue Valuten zu beschaffen und allen Verböten ein Schnitzbrot zu schlagen. Die Valutafontrolle ist unwirksam ohne die Produktionskontrolle und ohne die Erfassung der Sachwerte.

In dieser Hinsicht dürfen keine Illusionen geschürt werden. Der Kampf gegen die kapitalistische Valutafalschung muß ausmünden in den allgemeinen Kampf des revolutionären Proletariats gegen die kapitalistische Herrschaft in den Betrieben und im Staat.

Die Kinder klagen an!

Die „Germania“ schreibt: In Berlin konnten nach den neuesten Erhebungen 20 Prozent der ein- und zweijährigen Kinder wegen Unterernährung nicht in die Schule aufgenommen werden. In 24 Regierungsbezirken Preußens sind mehr als 50 Prozent der Bevölkerung unterernährt.

Diese knappe Meldung spricht Hände über die fürchterlichen Folgen kapitalistischer Schandwirtschaft. Bewußte Zurechtweisung wäre es, wollte man, wie es die bürgerliche und großenteils auch sozialdemokratische Presse tut, sagen: Poincaré ist schuldig! Nein, in Deutschland sind die Verantwortung, die furchtbaren Kindersterben, ebenso gut die deutschen Kapitalisten haben die Lasten des Krieges und der Reparationen auf die Arbeiter und die Kinder abgewälzt. Das ist es! Am 1. März und herben die Arbeiterkinder zuerst dahin. Schließt daher die Reihen zum Kampfe um die Arbeiterregierung!

Der Landeserrat rentiert sich

Der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft für Automobilfabrikation hat beschlossen, in der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 300 Prozent vorzuschlagen.

Die Bilanz der Badischen Automobil- und Etabli-fabrik, Ludwigshafen, zeigt einen Reingewinn von 3 901 410 812.— Mark. Sie wird ebenfalls 300 Prozent Dividende an die Aktionäre verteilen.

Wir erinnern an die Tatsache, daß die Badische Automobil- und Etabli-fabrik ihre Fabrikationsgebühren für 5 Millionen Francs an die französische Regierung verlor hat. Wie man sieht, hat dieses Geschäft schon in wenigen Monaten reiche Früchte getragen.

Aber Patrioten sind sie trotzdem!

Die Regierung schweigt immer noch

Wiederholt hat die kommunistische Presse die Frage aufgestellt, wie viel Umlagegetreide abgeliefert werden sei. Die Regierung schweigt darüber immer noch. Das Ergebnis der Getreideumlage scheint ein jämmerliches Nüchternes zu sein. Die weit aus propagandistischen Elementen zusammengesetzten Umlage-Vorstände sind in den einzelnen Kreisen haben die Umlage bereits herabgesetzt, daß die paragrafische Regierung eine Neuumlage anordnen würde. Diese Neuumlage wird aber noch mehr satirisch, als die eigentliche Umlage.

Wahrscheinlich wäre auch zu erfahren, wieviel Umlagegetreide des ersten Drittels der Ablieferungspflicht in Geld abgeliefert wurde von den Herren Agrarparlamentarier. Diese Frage ist von unheimlicher Wichtigkeit, denn die Getreidepreise haben damit die Regierung gezwungen, gewisse Kosten Getreide auf dem freien Markt zu kaufen, die Preise hochgetrieben, während dann die Getreidepreise das nicht

abgelieferte Umlagegetreide zu erhöhten Freihandelspreisen verlaufen. Das Schweigen der Regierung über all die Dinge ist eine bewußte Unterstützung des Hungerungsstreikes der Agrarparlamentarier. Desto mehr muß die arbeitende Bevölkerung zur Selbsthilfe greifen und die Erfassung des Getreides auf den großen Märkten zur Sicherstellung der Volksernährung unter Führung der Kontrollausschüsse erzwingen.

Kommunistenmorde in Joppot

Zwei der wichtigsten Funktionäre der kommunistischen Ortsgruppe in Joppot, die Genossen Karl Jach und Albert Hebel, sind am 3. Mai im Auftrage des Faslistengeheißels von einem Schupo-Beamten ermordet worden. Die beiden Genossen hatten in Joppot den Arbeiter Selbstschutz organisiert und waren deshalb seit Wochen von den Faslistenbanden verfolgt worden.

Vergeblich hatten die Faslisten seit langem versucht, sie Genossen zu provozieren und sie zu Unbekenntnissen hinzureißen. Am 3. Mai wurden sie schließlich auf einem ihrer Geschäftswege von der Mordgesellschaft überfallen. Ein Schupo-Beamter schritt ein und erklärte den Genossen Hebel für verhaftet. Als Genosse Jach dieser die Schupo-Beamten auffären wollte, jagte dieser die Schupo-Beamten und schloß den Genossen Jach nieder. Auf dem am Boden Liegenden feuerte noch weitere Schüsse mit den Worten ab: „Du Hund mußst verreckend!“ Genosse Jach war sofort tot. Dann wandte der Beamte sich gegen den Genossen Hebel, schrie ihn an: „Du Hund mußst auch daran glauben!“ und ermordete ihn mit zwei Schüssen.

Die Geschäftsordnung im Boyer-Landtag verschärft

Die Geschäftsordnungs-Kommission des Preussischen Landtages hat die Geschäftsordnung noch weiter verschärft. Der Hinweis der Kommunisten genügt nicht. Sie können wieder kommen. Und dann sollen sie nicht reden dürfen. Darum wird die Dauer der Geschäftsordnungsdebatten auf fünf Minuten beschränkt werden. Ein Kommunist, der länger redet, um gegen die brutalen Vergewaltigungen der Minderheit durch die Mehrheit und seine WPSD-Knüttelgarde zu protestieren, wird unter Aufsicht der Polizeibehörde prompt herausgeworfen.

Weiter soll die Ausschlussfrist von 15 auf 20 Tage verlängert werden. Für die Ausschlussfrist sollen die Diäten und die Freifahrtkarte entzogen werden.

Dagegen hat die WPSD die ständige Parlamentarische Abgeordnete die durch Rundspruch des Polizeibehörden Kaupisch herbeigeführten Preisböyer der Abteilung Ia sind nach der im Geschäftsordnungsausschuß geäußerten Meinung der WPSD. zuverlässigere Handhabung als Polizeibeamte, die ständige im Landtag sich aufhalten und darum kommunistisch infiziert werden könnten.

Brutaler Polizeiterror: das ist die letzte Zuflucht der bürgerlichen Demokratie.

Brotwucher-Regierungsweisheit

Die und der ist nach Befestigung der Getreideumlage dem Brotwucherer geöffnet. Als Verbilligungsschritte für die arbeitenden Massen ver sprach die Regierung und der Reichstag Brotwucherbilligungsgesetz. Ueber diese Maßnahmen bei der neuen Brotbewirtschaftung machte der tatsächliche Leiter des Reichsernährungsministeriums, der reaktionäre Staatssekretär Heurich im Ausschuß des Reichsernährungsrates folgende Ausführungen:

„Mit Inkrafttreten der neuen Maßnahmen ist die Notwendigkeit von Zurechtweisungen von Bedürfnissen gegeben. Dieser Preis soll aus (?) gezogen werden. Die werksfähigen Lohn- und Gehaltsempfänger sollen nicht, wohl aber die Sozial- und Kleinarbeiter, Arbeiter, Gewerkschafter und Armengehilfen, wenn möglich auch noch Kinderreiche zu dem Preis der Unterstützungsberechtigten gehören.“

Lohn- und Gehaltsempfänger sind also nicht „Bedürftige“. Dementsprechend beantragten auch die Deutschnationalen, diese Nichtbedürftigen zur Anbringung der Verbilligungsgelder mit heranzuziehen. Die Regierung will die Gelder zur Durchführung ihres geringen Verbilligungsprogramms durch einmütige Zahlung eines Zwangsbeitrags jährlich am 1. Juni 1923, anfordern. Die Herren Agrarparlamentarier sagen aber heute schon davon, daß die paar Pfennige, die man ihnen abnimmt, trotzdem wieder in ihre Taschen fließen, indem sie täglich die Getreidepreise in die Höhe treiben, so daß sie am 1. 5. bereits das 800fache gegenüber dem Vorkriegspreis erzielt haben.

„Mit solchen Entschuldigungen und neuen Entschuldigungen“ erklärt der „Vorwärts“, müße die Regierung die Sorgen der bürgerlichen Regierungsmitglieder bezahlen. Er wünscht, daß die SPD diese Regierungsweisheit erst ermahnen hat und heute noch unterliegt.

Russischer Konferenzbericht an England

Die Sowjetregierung hat der englischen Regierung eine Note überreicht, in der sie eine Konferenz vorschlägt, um die russischen Steuern zu erleichtern.

Der Krieg an der Ruhr Das Ruhr-Geld von den Franzosen bis 1. Juli verboten

Der Generalkommandant der französischen Rheinarmee und der im Ruhrgebiet stehenden Truppen hat das Offener kommunistische „Ruhr-Geld“ bis 1. Juli verboten.

Beschlagnahme sämtlicher Rohlenborräte

Die Rheinlandkommission hat, wie die Agence Havas aus Koblenz berichtet, die Beschlagnahme sämtlicher Borräte von Kohle oder Kohlenprodukten angeordnet, die im besetzten Gebiet von den Bergwerksleitungen oder von den an die Bergwerke angeschlossenen Werken angelegt worden sind. Der Bevölkerung wird verboten, Industriefabrikate als Hausbrand zu verwenden. Die Verfolgung der Bevölkerung mit Gasföten soll gestrichelt werden. Zuwiderhandlungen werden streng bestraft.

Bismarckweg. Die Besatzungsbehörden haben in einer Verordnung den Bismarckweg auch für das neubesetzte Gebiet eingeführt. Für die Entwässerung aus dem unbesetzten Gebiet in das besetzte Gebiet sollen die Vorschriften in der Nacht vom 14. zum 15. Mai, für die Entwässerung aus dem besetzten Gebiet in das unbesetzte Gebiet in der Nacht vom 19. zum 20. Mai in Wirksamkeit treten.

Neue Sprengungen. In der Bahnstrecke Aachen-Süd-Waltrop wurden in der Nacht zum 11. Mai von unbekannten Tätern die Bahngleise gesprengt. Die Franzosen zwangen 50 deutsche Arbeiter zu Instanzungsarbeiten an der Attentatsstelle. Auf dem Hilfsbahnhof G. in Herne schossen französische Soldaten auf deutsche Arbeiter. Ein Arbeiter wurde schwer, zwei andere leicht verletzt.

Auf der Eisenbahnstrecke Oberhausen-Osterfeld wurde die Brücke über den Kanal und die Sicher durch Sprengung zerstört. Der Eisenbahnverkehr ist unterbrochen. Auch der Verkehr auf der militärischen Strecke Osterfeld-Herme ist durch Sprengung der Eisenbahnbrücke bei Hopploh unterbrochen. Die Franzosen haben die Notstandsarbeiter in Aachen gezwungen, bei den Wiederherstellungsarbeiten zu helfen.

Neue Besetzungen. Die französischen Truppen sind im Karlsruher Hafengebiet einen Kilometer vorgeückt. Aus Anlaß der Besetzung der See „Schlagel und Eilen“ durch die Franzosen sind die Arbeiter in einen Proteststreik getreten. Am Mittwoch nachmittag wurde das Maschinenbauamt Herne (Staatswerk) von den Franzosen besetzt. Der Betrieb ruht. Der Leiter des alten Bergarbeiterverbandes in Aachen, Matthias Schössel, wurde in Aachen von den Belgiern verhaftet.

Die schändlichen Eisenbahnerausweigungen In Aachen und im Ruhrgebiet sind Eisenbahnerfamilien ausgewiesen worden. Einigen den Mitnehmern der Möbel verhandelt. Im Lotharhäger Teil wurden am 9. und 12. Mai 29 Eisenbahner mit Familien ausgewiesen. Ebenfalls fanden in Offenburger und Aachen neue Ausweisungen statt.

Kriegsgerichtliche Verurteilungen. Der Arbeiter Nowak aus Herne wurde vom Kriegsgericht in Reddinghausen wegen einer absichtlichen Kritik über das französische Militär zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Im Düsseldorf Revisionsprozess wurde die Strafe des Offener Oberbürgermeisters Schäfer von 3 Jahren auf 1 Jahr Gefängnis herabgesetzt.

Bogromtaten und Ruhrhilfe

In der bürgerlichen Presse, z. B. in den „Bremer Nachrichten“, finden wir unverhüllte Aufforderungen zur Lynchjustiz, den Frauen, die mit Belgiern und Franzosen verkehren, die Haare abzuschneiden und den Geld der Ruhrhilfe zuzuwenden. Seit Monaten wird im Ruhrgebiet nach dem Rezept dieses Scherenschnitts gemordet. Unter dem Deckmantel nationalistischer Interessenwahrnehmung kann so der nationalistische Mob seinen ekelhaften Gelüsten frönen. Ebenso widerwärtig ist es fest, wenn „Muttertage“ veranstaltet werden, um, wie im Kriege, bei den Margareten-tagen um, das Geschäft der Blumenhändler zu fördern und andererseits die Gelder irgendwelcher dummen Zwecken zuzuführen. Die es am nötigsten brauchen, die Frauen, die Mütter, die Witwen und Waisen, erhalten weder aus der Ruhrhilfe, noch aus den Blumentagen. Den Vorteil haben die kapitalistischen Geschäftsleute und die faslistischen Verbände.

Cachin wieder im Parlament

Protest gegen Hölleins Gast

Wie die „Humanität“ berichtet, erschien Genove Cachin am 8. d. Mts., nach seiner Entlassung, zum erstenmal im Parlament und wurde von der kommunistischen Parlamentsgruppe, und sogar von anderen Deputierten der Linken, mit Rärmlicher Ovation begrüßt. Auch seine Interpellation in Sachen des Komplotts wurde von der Linken des Hauses mit großem Applaus aufgenommen. Er stellte vor allem fest, daß das Hauptlagematerial aus Fälschungen besteht, deren Wichtigkeit bereits von Sachverständigen nachgewiesen wurde, und forderte die Strafuntersuchung gegen die Staatsorgane, die die Fälschungen bezogen haben. Sodann reichte Genove Cachin eine Interpellation gegen die weizsche Haft der Genossen Höllein und Perri ein. Was den Fall Höllein anbetrifft, so erklärte er, so ist er gegen die Regierung besonders gewandt. Sie lassen aus Klassenhaß die deutsche Bourgeoisie die größten Strafen, Barium lassen Sie Höllein, den kommunistischen Abgeordneten des Deutschen Reichstags, nicht auf seinen Posten, in den Kampf gegen die deutsche Bourgeoisie zurück? Höllein ist ein Opfer der Klassenhaß der Bourgeoisie.

Der Kampf gegen den Krieg in Frankreich Vor neuen Demonstrationen

Der französische Zentrale Aktionsausschuß gegen Imperialismus und Krieg, in dem die CGT, die Kommunistische Partei, der Bund der Kriegsbekämpfenden und die Anarchistische Union vertreten sind, hat soeben einen neuen Aufruf an alle proletarischen Organisationen des Landes erlassen. In dem Aufruf heißt es unter anderem:

„Trotz des kraftvollen Protestes, der sich überall gegen die Ruhrpolitik im Ruhrgebiet und gegen den Wahnsinn der regierenden Klasse erhebt, fährt diese fort, das Land zum Abgrund zu treiben, indem sie eine Okkupation aufrecht erhält, die zu den schwersten Konflikten führt, die zu den schwersten Konflikten führen muß. Im Sinne der Aufgabens, die er zu lösen hat, ermahnt der Zentrale Aktionsausschuß alle Organisationen und Gruppen des Proletariats, sich ihm anzuschließen, um die Gefahr des Imperialismus, des Faslismus und des Krieges zu bekämpfen. Nach der internationalen Propagandawoche, die mit der Vorbereitung zum 1. Mai zusammenfiel, und mit der grandiosen Solidaritätsdemonstration des internationalen Proletariats an diesem Tage ihre Höhe erreichte, bezieht der Aktionsausschuß neue Schritte vor, um die Reaktion zu nötigen, ihre schändlichen Pläne aufzugeben. Ohne Rücksicht auf die Versuche zur Einschüchterung des Proletariats und zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung, fordert der Aktionsausschuß die Arbeiterklasse auf, an folgenden Tagen große Demonstrationen zu unternehmen: 1. Anlaß des Jahrestages der „Blutigen Woche“, Sonntag, den 27. Mai; 2. Anlaß des Nationalfestes am 14. Juli. Die erste Demonstration soll unter Wahrung ihres ursprünglichen Charakters auch auf die wichtigsten Städte der Provinz ausgedehnt werden. Die zweite Kundgebung soll sich im ganzen Lande abspielen, sie soll ein Protest sein gegen die patriotische Lüge der Bourgeoisie, die eine angebliche Freiheit feiert, die sie durch den Sturm der Bastille erobert zu haben glaubt. Aber die Bastille besteht immer noch, und die Feste unserer Genossen leiden und sterben in ihr. Der Zentrale Aktionsausschuß erläßt die Aufforderung an alle proletarischen Organisationen, die sich an den Kundgebungen beteiligen wollen, mit aller Energie zum Gelingen der Demonstration beizutragen.“

Gegen den Imperialismus! Gegen den Faslismus! Gegen den Krieg!

Der Aufruhr im Zuchtthaus Brandenburg niedergeschlagen

Die Verzweiflungsalaktion der Zuchtthausinsassen in Brandenburg ist niedergeschlagen worden. Neben dem gesamten Gefängnispersonal wurde eine ganze Hundertschaft auswärtiger Schupo- und Polizeiangehöriger in die Stadtpo...

Die Zuchtthausinsassen in Brandenburg sind niedergeschlagen worden. Neben dem gesamten Gefängnispersonal wurde eine ganze Hundertschaft auswärtiger Schupo- und Polizeiangehöriger in die Stadtpo...

Was waren nun die Ursachen dieses zweiten Aufruhrs? Den Gefangenen ist durch mysteriöse Verfügung abermals die Gefängnisloft geschmälert worden. Statt fünfteiliger der sonst schon unzureichenden Kost wird ihnen nur noch ein Liter verabfolgt. Die Unglücklichen wurden also durch den Hunger zu diesem verzweifelten Schritt getrieben. Die bürgerlichen Zeitungen entrüsteten sich in ihren gestrigen Ausgaben über andere „unerschämte Forderungen“ der Gefangenen. Was fordern die Gefangenen, unter denen viele jahrelang den Strafvollzug der bürgerlichen Klassenjustiz über sich ergehen lassen mußten? Sie verlangen bessere Bezahlung für ihre Gefängnisarbeit. Die Summe, die sie jetzt nach anstrengendster Tagesarbeit (60 Mt.) erhalten, reicht nicht aus, um auch nur etwas Brot zu der Hungerkost kaufen zu können, gewöhnliche Seife, Porto und andere selbstverständliche Dinge davon zu bestreiten. Sie verlangen weiter, daß sie mehr Briefe schreiben dürfen. Bekanntlich ist den Strafgefangenen nur gestattet, in längeren Intervallen mit ihren Angehörigen in schriftlichen Verkehr zu treten. Eine fürchterliche Maßnahme, die nur der Ermessen laßt, der sich in die physischen und psychischen Qualen der von der Welt Abgeschlossenen hineinversetzt. Sie verlangen weiter, daß sie von ihren Angehörigen öfter Besuch empfangen dürfen. Die Humanität der bürgerlichen Demokratie geht so weit, daß den Gefangenen nur im Monats einmal auf eine Viertelstunde der Besuch von Angehörigen gestattet wird.

Wir lehnen den bürgerlichen Strafvollzug in seiner Gesamtheit ab, aber innerhalb des bürgerlichen Strafvollzuges bestehen noch wichtige Unterschiede. Die schablonenhafte Behandlung der bürgerlichen Justizverwaltung ist selbst vom bürgerlichen Standpunkt aus, rein sachlich gesehen, eine Auffassung von besonderer Rücksichtslosigkeit. Es ist bezeichnend für die Zustände des gegenwärtigen Systems, daß unter der demokratischen Republik in der Gefängnisverwaltung des Preussischen Justizministeriums die Anhänger der reaktionärsten Schule den leitenden und sonstigen wichtigen Posten innehaben.

Beilage zur „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“

Nummer 111

5. Jahrgang

Aus Breslau

Der Muttertag!

ab. Vergangenen Sonntag sollte in ganz Deutschland ein sogenannter Muttertag veranstaltet werden, an welchem jeder als öffentliches Zeichen der Verehrung, die er seiner Mutter entgegenbringt, eine Blume im Knopfloch tragen sollte. In Breslau hatte man von dem sogenannten Muttertag, der eine neue Erfindung absehender Blumenhändler ist, nicht viel gemerkt. Auf den Straßen und Plätzen begegnete man nur wenigen Passanten, die Blumen im Knopfloch trugen.

Die Breslauer Blumenhändler werden also trotz pompöser Reklame und intensiver Bearbeitung der Presse nicht auf ihre Rechnung gekommen sein. Interessant war es, festzustellen, daß die gesamte Breslauer Presse, von der „Schlesischen Zeitung“ angefangen bis zur „Volkswacht“, den Muttertagrummel mitmachte, und die Bekanntmachungen der Blumenhändler kritiklos veröffentlichte.

Wir Kommunisten lehnen solchen kitschigen Humbug der Muttertage energisch ab. Die proletarische Mutter, welche die dreifache Bürde als Arbeiterin, als Hausfrau und als Erziehlerin trägt, preist auf den Lorienstein, auf das kitschige Gedicht und die Blume im Knopfloch. Sie weiß, daß diese „Verehrung“ nur dazu bestimmt ist, sie und ihre arbeitenden Mitgeschwestern über ihre Klassenlage und ihre Rolle als Kastier der Gesellschaft hinwegzutäuschen.

Die Söhne und Töchter des Klassenbewußten Proletariats ehren ihre Mütter durch den Kampf für die Befreiung der arbeitenden Frau.

Sentimental verlogene Verehrung überlassen sie der „goldenen Jugend“ der Bourgeoisie sowie kniffligen Geschäftleuten, welche den Blumensegnen des warmen Frühjahrs zur Füllung der Taschen benötigen wollen.

Aus der Jugendbewegung

Die am 13. Mai 1923 in den Hubertuskäfen stattgefundene öffentliche Jugendversammlung der K.3. nahm einstimmig folgende Entschliebung an:

1. Die am 13. Mai in den Hubertuskäfen versammelten jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiter protestieren auf das Schärfste gegen die Maßnahmen der kapitalistischen Regierung, der Jugend den 8-Stunden-Tag zu rauben. Die versammelten Jugendlichen sehen in diesem Vorgehen nicht nur eine verschärfte Maßnahme zur Ausbeutung der Jugendlichen, sondern sie betrachten das kommende Arbeitszeitgesetz als einen Vorstoß der Reaktion gegen die Rechte der Gesamtarbeiterschaft. Die antwessenden geloben mit ganzer Kraft dahin zu streben, eine geschlossene Kampffront aller jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiter mit den erwachsenen

Arbeitern herzustellen um durch härtesten Kampf das Arbeitszeit-Gesetz ummöglich zu machen.

2. Die Versammelten verlangen von den antwessenden Mitgliedern der K.3., daß sie in ihrer Organisation dahin wirken, daß die Kampffront mit der K.3. hergestellt wird. Die Kampfparolen der K.3. gegen das Arbeitszeitgesetz bilden eine Basis, auf der der Kampf mit Erfolg geführt werden kann. Ferner verlangen die Versammelten, daß die K.3. zu den Besprechungen, die zwischen dem Jugendpartei und den übrigen Jugendorganisationen stattfinden, hinzugezogen wird. Die Jungarbeiterchaft Breslaus verlangt, daß das Jugendpartei und die K.3. baldmöglichst zu diesen Entschliebungen in ihrer Stellung nehmen, und die K.3. zu den kombinierten Sitzungen einladet.

Bericht über die Versammlung folgt.

140 000 = 20

140 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück zahlen die Reichsbank und die hiesigen Postanstalten. Die durch die hiesige Presse gehende Mitteilung ist eine neue Illustration zu dem ungeheuren Papiergeldbetrug, unter dem die Arbeiterchaft leidet. Ein Arbeiter in Breslau verdient in Friedenszeiten durchschnittlich 25 Mark die Woche. Demnach müßte er heute einen Wochenlohn von 175 000 Mark erhalten. Er erhält tatsächlich einen Wochenlohn von durchschnittlich 65 000 Mark. (Es gibt noch Hunderte von Arbeitern, die mit 40—50 000 Mark die Woche nach Hause gehen.) Auf der anderen Seite steigen in Breslau die Lebensmittelpreise von Tag zu Tag. Die Arbeitsgemeinschaft der Drei herstellenden Betriebe gibt bekannt, daß ab 14. Mai der Preis für ein Pfund markenfrees, helles Brot auf 750 Mark, für ein Pfund markenfrees, dunkles Brot auf 650 Mark und für eine markenfrees Semmel auf 160 Mark festgesetzt wurde. Der Stundenlohn eines gelernten qualifizierten Breslauer Arbeiters reicht also nicht aus, um zwei Pfund markenfrees Brot zu kaufen. In Friedenszeiten bekam er für einen Stundenlohn ein Bierpfundbrot. Trotz dieser von Tag zu Tag steigenden, bisher unerreichten Teuerung wollen die Breslauer Unternehmer den Arbeitern und Angestellten Lohnabbau diktieren. Die Löhne der Breslauer Transportarbeiter sind — wie wieder hervorzuheben werden muß — bereits um 5 Prozent abgebaut worden; wie verlautet, sollen auch die Handelsangestellten im Monat Mai mit einem Gehaltsabbau von 6 Prozent zu rechnen haben. (Der Zentralverband der Angestellten schweiglich merkwürdigerweise über die Verhandlungen vollkommen aus.) Die Breslauer Installateure stehen immer noch im Kampf, weil die Unternehmer 300 bis 500 Mark pro Stunde abziehen wollen. Auch der Musikerstreik dauert an.

Was tut der Ortsausschuß des Breslauer Gewerkschaftsartikels, um den seit Wochen im Streik stehenden zu helfen? Was gedenkt er zu tun, um der immer größer werdenden Verelendung der Breslauer Arbeiter und Arbeiterinnen entgegenzutreten!

Stadtverordnetenversammlung. Auf der Tagesordnung für die Sitzung am Donnerstag, den 17. Mai steht eine Millardenvorlage. Im Ostwerk Dürrog soll eine Abhige-Verwertungsanlage eingebaut werden, die vorläufig auf 1318 000 000 Mark veranschlagt ist. Weiter sollen die maschinellen Einrichtungen des Ostwerks Stebenhufen abgebaut und der Erdb für die Abhigeverwertungsanlage verwendet werden. Für die Erneuerung der Reitorien im Ostwerk Dürrog sollen 22 Schlachten für über 25 Millionen Mark beschafft werden. Der Antrag wegen Errichtung einer Deutschen Oberschule ist aus den Ausschüssen mit der Empfehlung zurückgekehrt, eine solche Einrichtung für 1924 vorzubereiten. Fluchtlinienspläne sollen festgelegt werden für das Stiehlungs-gelände von Zimpel und für das Stiehlungs-gelände von Böpelwig. Der Auseinandersehungsplan nach dem Obergesetz ist für die Venzeng-Gebirgsenergie fertig geworden. Die Stadtverordnetenversammlung soll der Neuregelung der Besitzverhältnisse zustimmen. Vom städtischen Grundstück Finnenweg Nr. 4 soll ein Stück auf zehn Jahre an die Kammerveräußerung „Wiking“ zur Errichtung eines Bootshauses verpachtet werden. Sonst liegen noch folgende Beratungsgegenstände vor: Mehrkosten von 65 000 Mark für die bauliche Erweiterung der Steuerzahlstelle 11, Friedrich-Wilhelmstraße 101, Beibehaltung der Kohlenklausel für die Versorgung der Breite für Gas, Wasser und elektrischen Strom, Erhöhung des Preises der Brausebäder von 150 auf 200 M. und der Wannenbäder von 450 auf 800 Mark, einmalige Beihilfe von 300 000 Mark für die Annaschule der armen Schulschwestern, Erhöhung der Gebühr für den Anschluß von Grundstücken an die Kanalisation, Abänderung der Bestimmungen über die Befoldung der städtischen Beamten, Angestellten und Anwärter, Erhöhung des Schulgeldes an den Fächschulen mit der Abänderung, daß im Schülerinnenheim der Frauenberufsschule für vakante Plätze Ausländerinnen höhere Sätze festgesetzt werden, Gebührenordnung bei der Durchführung des Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken, Erhebung der vorläufigen Gewerbesteuer in Höhe der vorjährigen, Gewährung von Vorkursen von 66 Millionen Mark an die privaten höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend auf die Befoldung für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni.

Eine Besichtigung des Wasserstraßenwerkes findet Mittwoch, den 16., abends zwischen 6 1/2 und 8 Uhr statt. Zur Teilnahme sind Schüler und Lehrlinge jugendliche, sowie Schüler im Alter von nicht unter 10 Jahren berechtigt. Treffpunkt: 6 1/2 Uhr vor dem Haupteingang des Rathauses; der Abmarsch nach dem Wasserstraßenwerk erfolgt in geschlossenem Zuge unter Führung des Leiters des Presseamtes.

Für das Volksfest in Hagen sind die Anschließungen der neuen Straßen 4 und 7 des Wohnungsplanes Hagen, die Verbindung der Hindenburgstraße rechts der Hindenburgstraße, die von der Stadt bereitgestellt wurden. Die Ausschreibungen usw. finden am 20., 21., 22. und 27. Mai statt.

Aus der Provinz

Nieder-Salzburg. Frauen-Versammlung. Um am hiesigen Ort die Vorkämpfer unter den Frauen mehr als bisher zu betreiben, fand am 8. Mai eine Versammlung der Genossinnen der Ortsgruppe statt, zu der auch Sympathisierende eingeladen waren. Die Referentin, Genossin Schönwelder-Dittlerbach, führte den Anwesenden in großen Zügen die Not der Frauen vor und während des Krieges vor Augen und setzte den Genossinnen auseinander, daß von all den großen Versprechungen, die den Frauen nach dem Krieg gemacht worden sind, sich nichts erfüllt hat, daß heute infolge der überaus schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, die Frauen immer mehr gezwungen werden, zur Berufsarbeit zu greifen, um nicht mit der Familie dem Verhungern anheimzufallen. Die Folge dieser heutigen Zustände sind eine ungeheure Unterernährung der Frauen und Kinder und deren rasche steigendes Sterben im frühesten Alter. Den im Beruf tätigen Frauen zählt der Unternehmer trotz gleicher Arbeitsleistung einen weit niedrigeren Lohn als den männlichen Berufskollegen. Schulbarm tragen zum größten Teil die Frauen selbst durch ihre Reichhaltigkeit gegenüber wirtschaftlichen und politischen Tagesfragen. Wollen die Frauen der werktätigen Bevölkerung nicht vollends zugrunde gehen, ihre Kinder nicht völlig dem Elend überliefern, dann ist es unbedingt notwendig, daß sich alle Frauen und Mädchen der werktätigen Bevölkerung mit einziehen in den Kampf um die Befreiung der Arbeiterchaft. Nachdem Referentin noch die Zustände in unserer sogenannten „freien Republik“ einer gerechten Kritik unterzogen hatte, forderte sie die anwesenden Frauen auf, unter allen Umständen stets und ständig für die Befreiung der Paragrafen 118—120 des Bürgerlichen Strafgesetzbuches den Kampf aufzunehmen. Sie zeigte die Schädlichkeit dieser Paragrafen an den verschiedensten Beispielen. Wenn durch die heutigen schlechten Verhältnisse gezwungen, überall die Frauen anzufangen, sich am wirtschaftlichen und politischen Leben zu beteiligen, so ist es notwendig, daß alle die Arbeiterinnen, die schon erkrankt haben, daß es nur eine politische Partei ist, die allein gerichtet ist, den Kampf für die gesamte Arbeiterchaft gegen die kapitalistische Gesellschaft zu führen, sich dafür einzusetzen und erkennen, daß alle Arbeiterinnen der einzigen Klassenkampfpartei, der kommunistischen Partei, zugeführt werden. Nach dem Vortrage wurden von der Genossin Schönwelder noch wichtige organisatorische Hinweise über Aufgaben der kommunistischen Frauengruppe gegeben und die Frauen, die Genossinnen aufgefordert, überall auf eine Vertretung durch Genossinnen zu bestehen, z. B. im Konsumverein, im Elternrat, in der Jugendpflege usw. Nach eingehender Er-

Kampfmittel der Bourgeoisie

Das Christentum

Nicht nur die beiden herrschenden Kirchen, (katholische und evangelische) sind heute eifrig tätig, die Interessen des Profits mit heiligen Namen und Handlungen zu sanktionieren, sondern das gesamte Christentum in allen Formen, allen Sektens, ist heute von der herrschenden mammonistischen Klasse gekauft. Mit allen Mitteln suchen, die zum großen Teil sehr jungen religiösen Bewegungen die Gläubigen zu sich heranzuziehen. Noch niemals sind noch einem Kriege so viele Sektens neu entstanden wie jetzt. In allen großen Sälen hören wir Vorträge religiöser Erneuerer. Von allen Plakatwänden schreien die grellbunten Plakate: „Kommet her zu mir alle!“ „Millionen jetzt Lebender werden nie sterben!“ „Weltuntergang!“ „Rehren die Sektens wieder?“ „Meist sind es smarte Amerikaner, welche mit Religion ein Geschäft machen wollen. Ein Zufall ist es auf keinen Fall, daß in plutokratischen Ländern der Welt die bigotteste Frömmigkeit, die meisten Sektens existieren. Die Menschen sind im materialistischen System leichter geneigt, einem dunklen Erzieher zu folgen, um so mehr, als in den USA der Sozialismus, der Kommunismus noch sehr in den Kinderstufen steht. Den Drang zur Sektensigkeit, zur inneren Sammlung, kann der Durchschnittsamerikaner nur in der Kirche finden. (Der deutsche drüber tut das im Gefangenenverein).

Die Kirche, die ganze Religion dient dem Moloch Kapital schon aus dem einfachen Grunde, weil sie von den Kapitalisten ausgehalten wird. Die Kapitalisten selbst haben nur die eine Religion: Ihr Geld. Aber dem Volk, dem dummen Volk, die Religion erhalten bleiben. Die Religion, das Christentum, ist der modernen Welt nicht mehr das, was sie der altindischen Sklaven war, ein Mittel zur inneren Befreiung, eine Quelle unirdischen Glücks; heute ist sie ein Mittel, die drohende Entwürdigung der Arbeiterchaft niederzuhalten durch Bereicherung der Sinne. Kein Mittel in der Schwerkriegs-Ausbeutungsgesellschaft zu leicht die Ausbeuteten wieder zu will-

fährigen Sklaven der an sich gottlosen Kapitalisten zu machen.

Um die ungeheure Schuld des Christentums an dem Elend unserer Zeit richtig zu bemessen, genüge ein flüchtiger Ueberblick der Geschichte des Christentums und der christlichen Kirche. Motto: Lieber Sure Feinde, legnet die Suchfluchen usw.

Es ist natürlich, daß eine Religion, die den rechtslosen Sklaven und Plebejern ein besseres Leben jenseits des Todes verspricht, die sich nur an die Ärmsten der Armen wandle, die von Plebejern verbreitet wurde, unter den damaligen Proletariern ungeheuren Anklang fand. Die römischen Sklavenhalter, eine Klasse feingebildeter Patriarchen, die selbst jeder Religion skeptisch gegenüberstand, erwarben in dem Christentum die proletarische Bewegung, und damit die Gefahr für den eigenen Besitz. Wahnsinnige, blutige Verfolgungen setzten ein. Willenslos ließen sich die Christen (zur höheren Ehre Gottes und zur Belustigung perverster Genüßlinge) hinführen. Die christlichen Gemeinden wurden durch die gigantischen Blutbäder fürchterlich dezimiert. Die Christen, bis dahin an kein Dogma gebunden, versammelten sich in den Gräberhöhlen und Katakomben. Um diese Zeit entstand das erste Ritual, die christliche Kirche konstituierte sich.

Die ersten Bischöfe, weltgewandte Juden, begannen mit der herrschenden Klasse Kompromisse zu schließen. Aus der proletarisch-kommunistisch-revolutionären Bewegung wurde eine Religion wie viele andere Gottesanbetungen. Die Geschichten und Ueberlieferungen aus dem Leben Jesu wurden schriftlich niedergelegt, mit den alten jüdischen Büchern verquidelt und als heilig und unerschütterlich erklärt. Allein gültig im Christentum wurden die römischen Auslegungen. Wer, wie die Arianer, anderer Meinung war, wurde als Irreher verdammt. Dann wurde das Christentum in Byzanz und in Rom als Staatsreligion erklärt. Die Bischöfe bekamen weltliche Machtrechte. Die Herrschaft der christlichen Kirche nahm ihren Anfang.

Jetzt nahmer die christlichen Priester und Bischöfe blutige Rache an den ehemaligen Widersachern. Nicht mehr zur Ehre (und als rituelle Opfer) der heidnischen Götter, — zum

höheren Ruhme des ureigenen Gottes der Christen wurden die Menschen zu Hunderten und zu tausenden hingschlachtet. Im Laufe von wenigen Jahrhunderten wurde die weiße Klasse mit Feuer und Schwert völlig zum entarteten Christentum „bekehrt“. Die kirchliche Religion wetteiferte mit den heidnischen Kulte. Der griechische Dymos mit seinen wenigen Göttern muß sich schamvoll verteidigen gegen die Heiligensicht der katholischen Kirche. Ungefähr 8000 heilige (das sind Uebergötter) stehen unter dem Schutz des ersten Gebotes: Du sollst nicht andere Götter haben neben mir! Ganze Völker, ganze Menschengassen wurden im Namen der Kirche und des Christentums ausgerottet.

Bis in unsere Tage hinein dauert der ungeheure Ritualmord. Keine kriegerische Macht der Welt hat so viel Menschenblut vergossen, wie das Christentum. Am Ende fast jeden Verfalls, über die Geschichte eines erloschenen Volkes müssen wir lesen: „Dann kam das Christentum mit Alkohol und Bibel. Jetzt leben nur noch hundert Vertreter jenes interessanten Volkes. Aber ihre Tage sind gezählt.“

Während die Kirche in den Kolonien offen kämpft, ihre blutrünstigen, jüdischen Erbe nicht zu verfallen sucht, offen die Naturmenschen mit Nächstenliebe und Alkohol zur Sklaverei zwingt, geht sie in den „zivilisierten“ Ländern heimlich gegen die Feinde vor. Die unwillenden Proletarier werden zum Mißtrauen, zur Feindschaft ihrer Klassengenossen erzogen. Bis in den Frieden der Familie reicht der Einfluß des Pfaffen. Im Jahre 1923 werden Ehen, die zwischen Angehörigen verschiedener Konfessionen geschlossen werden, für Konfubinate (Hurereien), die daraus entstehenden Kinder als Bastarde erklärt. Antisemitismus, aus dem die Juden- und Kommunistenprogramme entspringen, ist ein Werk christlicher Konfessionen. Wie war es doch im Kriege? Von allen Kanzeln herab heulten die Pfaffen um Sieg, Frieden lie um restlose Beseitigung der „Feinde“. Wir werden es nie vergessen, daß die argsten Kriegshetze, die gefährlichsten Nationalisten, die niederträchtigsten Konterrevolutionäre in der christlichen Priesterchaft zu suchen sind. Im Dienst des Kapitalismus, vor überfüllten Kirchen versucht das letzte Pfaffengetöse die proletarische Bewegung.

Wehe dem, der es wagt, einen Pfaffen zu beleidigen! Wir haben es erst jetzt bei der Fortrückung der Priester in Russland. Die ganze bürgerliche Welt, ob katholisch, ob jüdisch, ob protestantisch heulte wild gegen Sowjetrußland. Bei den ungeheuren Morden, die an kämpfenden Proletariern verübt wurden, ließ sich aus dem Munde der Pfaffen nicht ein Laut des Bedauerns hören. Millionen Deutsche leiden durch den Marksturz Not. Die deutsche Währung kann durch einen großen Goldschlag befestigt werden. Pfaffen aller Schattierungen schreiben von den Kanjeln: „Gut, Gold, Mißbürger! Schafft es zur Reichsbank, Glück über die, welche Schätze sammeln, so Kost und Motten freieren!“ In den Betrüben der Kirchen und Klöster, in den Stahlmännern der Banken, liegen Gold und Edelsteine im Werte von vielen Milliarden. Wozu braucht die christliche Kirche, die von Proletariern gegründet wurde, diesen metallenen Klumpen? Die Bourgeoisie weiß sehr gut, weshalb sie die Kirche mit zahllosen reichen Spenden bedient. Demüt und Unterwerfung unter die bestehende Macht predigt der Pfaffe von der Kanzel, und vertreibt die Gläubigen auf das Himmelreich nach dem Tode. Doch hat der Proletarier Furcht vor dem Jenseits.

Der Mensch ist nicht ein höheres, halb göttliches Wesen mit unsterblicher Seele. Der Mensch ist ein Teil der Natur, wie jeder Baum, jeder Stein, jedes Tier. Ein höheres, übernatürliches Wesen, das die Geschichte der Menschheit leitet, ist nicht vorhanden. Die Priester wissen, das als gewisse Menschen viel zu genau. Wenn sie den Gläubigen jene Märchen erzählen, fügen sie benutzt in Dienste derer, die sie bezahlen. Aus diesem Grunde hat jeder Klassenbewußte Proletarier nichts in der Kirche zu suchen. Jeder Pfennig Kirchensteuer läßt die Feinde des Proletariats. Jeder Pfennig, der in die allezeit offenen Kassen der Kirchen fließt, geht dem Proletarier verloren und erhält den Todfeind des Arbeiters, das Kapital. Jeder Arbeiter, der heute noch der christlichen Kirche, oder einer Sekte angehört, kann sein Klassenbewußtsein nur dadurch beweisen, daß er sofort seinen Austritt aus der kirchlichen, verlogenen Gottesdienstgemeinschaft erklärt.

Interaktion der Funktion der Frauen-Kommission, wurden in dieselbe die Genossinnen, die Frauen Maria Ernst, Weller und Arbeit einstimmt gewählt. Genossin Ernst wurde zur Vorsitzenden bestimmt. Dieselbe wohnt in Nieder-Salzbrenn, Fürstentelnerstraße 8.

Zum Schluss sagte Genossin Arbeit die Ausführungen der Genossin Schönwelder kurz zusammen und führte den Anwesenden auf Grund von Tatsachen klar vor Augen, wie gerade eine sogenannte Arbeiterpartei es fertig bringt, unter den heutigen Verhältnissen dank der Gangmit der Arbeiterschaft mit leichter noch Schindluder zu treiben; dies seien die Führer der sozialdemokratischen Partei. Gen. Arbeit zitiert den Frauen, daß diese angeblichen Arbeitervertreter und Sozialdemokraten überall bestrebt sind, der Arbeiterschaft bei ihrem Kampfe gegen die kapitalistische Ausbeutung, gegen den Wucher hindern und Krampfen in die Beine werfen entgegenzusetzen. Wie überall im Reich, wurde auch hier der Plan gefaßt, um der unverschämten Preiswuchererei der Gewerkschaften einen Riegel vorzuschleichen, einen Kontrollauschuß aus der gesamten Arbeiterschaft des Ortes heraus ins Leben zu rufen. Zu diesem Zwecke fand mit dem Vorstand des hiesigen sozialdemokratischen Vereins eine Besprechung statt, wo von unserer Seite die Zwecke und Ziele der Kontrollauschüsse eingehend geschildert wurden. Bei dieser Besprechung wurden auch die von uns erklärten Zwecke und Ziele der Kontrollauschüsse von den hiesigen Führern des sozialdemokratischen Vereins voll anerkannt und auch zugegeben, daß am hiesigen Orte ein Preiswucher besteht, der untragbar ist, und daß deshalb an Orte ein Kontrollauschuß angebracht wäre. Als es aber nun darauf ankam, dieser Sache Leben zu geben, bazeigten sich die hiesigen Genossen, des sozialdemokratischen Vereins in ihrer ganzen Majorität, sie waren aus lauter Furcht vor der Prügel ihrer Oberbunzen zusammengetrieben und bekämpften nun auf einmal das, was sie vor weniger Zeit noch selbst anerkannt hatten.

Nachdem Genossin Arbeit in großen Zügen die Zwecke der Kontrollauschüsse erläutert hatte, forderte er die Anwesenden auf sich immer daran zu erinnern, daß wenn die hiesige Arbeiterbewegung in Zukunft von den hiesigen Geschäftsleuten und Landwirten weiter auf unverschämteste bewuchert wird, sich die hiesigen Arbeiterkassen bei den sogenannten Führern des hiesigen sozialdemokratischen Vereins bedanken müssen, daß dem mehrheitlichen Preiswucher, nicht wie an anderen Orten, zum Nutzen der Arbeiter Einhalt geboten werde. Nachdem Genossin Arbeit noch die Genossinnen ermahnt hatte, die bürgerlichen Blätter aus dem Hause zu werfen und die „Schleifische Arbeiterzeitung“ zu lesen, schloß Genossin Arbeit die gut verlaufene Versammlung.

Gottesberg. Stadtvorordnetenversammlung vom 9. Mai 1923. Der erste Zusammenstoß zwischen Bürgerlichen und SPD. Auf der Tagesordnung standen 18 Punkte. 1. Punkt: Erhöhung der Besoldung der Beamten. Sämtliche Erhöhungen treten vom 1. April 1923 ab in Kraft. Stadtv. Genossin Pohl verurteilt auf schärfste, daß bei den Erhöhungen immer bei den oberen Beamten angefangen wird und die Arbeiter und Angestellten immer nachkommen. Man muß für die Arbeiter und Angestellten einfach kein Geld da.

2. Punkt: Erhöhung der Grundsteuer auf Antrag des Genossen Pohl aufgehoben. Die Anträge zu Punkt 3, 4 und 5 werden einstimmig angenommen. Punkt 6, Bewilligung von 10 000 Mark für den Schlesischen Hilfsverein zu Gunsten der Jernanstalt Reubus, wird angenommen. Der Antrag zu Punkt 7, Erhöhung der Sozialrenten auf das Vierfache, also auf 1 500 000 Mark wird ebenfalls einstimmig angenommen. Punkt 8, Die Kleinrentenunterstützung betrug bis jetzt 1 917 000 Mark, sie wird um 20 Proz. erhöht. Zu Punkt 9 wurde die Erhöhung der städtischen Hauspflicht abgelehnt, dafür sollen 1 Million Mark in Reservefonds angelegt werden. 10. Punkt: Erhöhung der Hauspflicht, Unfall- und Sterbegeldversicherung der aktiven Feuerwehrmännchen und Unfallversicherung für Pferde. Die Erhöhung soll 600 000 Mk. betragen für Mannschaften und Pferde und 150 000 Mark sollen an die Subventionen kommen. Punkt 12, Der von der SPD. eingebrachte Antrag zwecks Beitritt der Stadtgemeinde zum Konjunkturgesetz für das niederschlesische Revier bildete den Zusammenstoß mit den Bürgerlichen. Stadtv. Ratsherr (Münch) verlangte Vertagung dieses Punktes zwecks Einrichtnahme des Statutis, da er sich nicht im Klaren darüber war, ob die Stadtgemeinde dadurch Vorteile hat. Er wünschte, daß keine einseitige Politik getrieben würde. Da sich die Rechte in der Minderheit befindet, wurde er von der Linken belehrt, daß es im Konjunkturgesetz keine Partei gibt, daß jeder Mitglied werden kann.

Stadtv. Genossin Pohl führte noch aus, daß das feindliche Zusammenarbeiten mit den Bürgerlichen anhöre, denn diese verzeihen nur ihre Interessen. Da schon über eine Stunde über diesen Punkt debattiert wurde, wurde mit 6 Stimmen Mehrheit ein Antrag angenommen, die Fortsetzung der Debatte zu vertagen.

Arbeitsmangel im Bergbau Wie die „Landesheiter Zeitung“ meldet, ist allen Ansehenden auf allen Kohlengruben in Kottbusch, die seit dem 1. Januar 1919 dort arbeiten, zum 1. Juni gekündigt worden. Die Kündigung wird mit Arbeitsmangel begründet. Es sollen nach den Mitteilungen der „Landesheiter Zeitung“ eine größere Anzahl von Bergarbeitern in Frage kommen.

Diese Meldung bestätigt, daß tatsächlich auch im Bergbau die Arbeitslosigkeit beginnt, und das, was jetzt unvorstellbar vorgekommen ist, am 1. Juni passiert, kann unter Umständen den hiesigen Bergarbeitern in den nächsten Monaten passieren. Die Ursache des Arbeitsmangels im Bergbau beruht auf zwei neuen die Möglichkeit der Haltung, welche unsere Genossen in der Frage der letzten Stunde eingenommen haben. Bekanntlich wurde im Halbesburger Revier bis zum 1. April noch die achte Stunde verfahren, die erst aus den dringenden Berichten in den Gewerkschaften organisierten Konjunkturgesetz abgelehnt wurde.

Arbeiter, Genossen! Am Mittwoch den 16. Mai, abends 6 1/2 Uhr, findet im „Schwarzen Hof“ (Wing) eine öffentliche Volksversammlung statt. Das Thema lautet: Die Polizeidiktatur im Preussensparlament. Arbeiter, Genossen, protestiert in Massen gegen die ständischen Zustände im Preussensparlament. Erlaubt es der Reaktion und ihren Helfershelfern nicht, proletarische Ab-

Ergebnis der Betriebsräteahlen des Reichsbahn-Werkstätten-Amt II Breslau-Oderort

Eine schallende Ohrfeige für die Gewerkschaftsbürokratie

Die Wähler sind gefallen! Am 11. und 12. Mai fand die Neuwahl der Betriebsvertretung für die Bediensteten des Reichsbahnwerkstättenamts II Breslau-Oderort statt.

Bei den vorjährigen Betriebsräteahlen war die Wahlbeteiligung und das Interesse der Belegschaft nicht so stark, als gerade bei der am 11. und 12. Mai stattgefundenen Wahl. Zu bemerken ist, daß die Belegschaft insgesamt um eine große Zahl geringer geworden ist.

Die beiden Eisenbahner-Organisationen OEB und AEB überprüften die Belegschaft mit Flugblättern, in denen sie sich beide stark bekämpften. Eine Schimpfe auf die andere, daran Schuld zu sein, daß das Elend der Eisenbahner immer größer wird, und die Gewerkschaften zersplittert werden. Der OEB nennt die andere (AEB) die Gelben, trotzdem er sich heute, Grund seiner Tätigkeit, kaum noch von dieser unterscheidet. Der AEB schimpft sich politisch neutral und schlägt den OEB seiner Flugblätter mit seinen im OEB-Teilungsblatt selbst geschriebenen Artikeln.

Diese beiden Verbände, die als Tarifkontraheenten gemeinsam die bisherige betriebliche Lohnpolitik getrieben haben, wodurch die Eisenbahner fast dem Verhungern nahe sind, und in diesem Zustande die von diesen Gewerkschaften mit dem RBM vereinbarten Ausbeutungsbedingungen durchsetzen müssen, versuchten auch wiederum bei der diesjährigen Betriebsrätewahl mit ihren Flugblättern den Eisenbahnern in die Augen zu streuen, und sie zu beeinflussen, für ihre Vorschlagslisten zu stimmen.

Der OEB schrieb am Anfang seines Flugblattes: „Wahlen bedeuten Abrechnung!“ Die Eisenbahner des BA II verstanden diese Worte und hielten am Wahltag Abrechnung, weil sie feststellen mußten, daß die Gewerkschaftsbürokraten indirekte Feinde der Betriebsräte sind. Weil sie, anstatt wie anfangs versprochen, für die Erweiterung der Rechte im Betriebsrätegesetz einzutreten, den Abbau dieser Rechte selbst vornehmen.

Weil die Belegschaft des RBWA II es auch nicht mehr dulden wollte, daß die Gewerkschaftsführer tüchtige Betriebsräte nur deshalb beseitigt, weil sie ihnen nicht zu Willen sind und gegen ihre Schandtatenergisse Stellung nahmen.

Die Sammlungen für den Kampf Fonds ergaben zusammen mit den Eintrittsgeldern 17 650 Mark.

Kohenan. Wegen der Polizeidiktatur im Landtag protestierten die Kohenauer Arbeiter in einer am Freitag stattgefundenen öffentlichen Volksversammlung.

Genossin Dombrowski-Breslau, der eingangs seines Referats die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und die neueste Entwicklung der Ruhrfrage beleuchtete, bezeichnete die von den Sozialdemokraten hervorgerufenen Prügelnereien im Landtag als die Vorbereitung der großen Koalition von Streikmann bis Müller. Die Schilberungen des Referats über die brutale Bergerechtsung unserer Genossen im Landtag wurden von den Bergarbeitern wiederholt durch Entrüstungsrundgebungen unterbrochen. Besonders groß war die Empörung der Versammlung, als Genossin Dombrowski mitteilte, daß zum Heranzuschieben und Bergerechtsung der braunwaisischen Landtags-Abgeordneten vom Oberst Karstich im Voran ausgebildete, 150 Mann große Schabernack angeordnet wurde.

Der Referent erinnerte an die Obstruktion der alten sozialdemokratischen Partei während der Kämpfe um den Zolltarif und an den Heranzuschieben von Veinert und Zilian Vorchardt im Jahr 1912.

Der Referent ist jetzt Präsident und bergewaltigt unsere Genossen. Obwohl nach Verbindungen von Jengen aller Parteien feststeht, daß sozialdemokratische Abgeordnete gegen die schmutzige, braunwaisische Minderheit zuerst tüchtig vorgingen, habe der Präsident die sozialdemokratischen Prügelnereien nicht einmal zur Ordnung gerufen, sondern habe unseren Genossen Rat von der Sitzung ausgeschlossen. (Lebhafte Miene.) Die Vorgänge 1912 seien durch Veinert's Verhalten weit in den Schatten

gesetzt mit der Aufforderung, nanzmehr mit verzehnfachter Energie für die Arbeiterorganisation und die proletarische Heerdertschaffen zu kämpfen. (Lebhafte Beifall.) Zwei mehrfache Aufhebungen meldete sich Frau Oegner zum Wort und Genossin Oß schloß mit einer kernigen Schlußansprache die von gutem Kampfesgeist beehrte Versammlung, die einstimmig eine Protestresolution gegen die Polizeidiktatur im Landtag annahm. Die Genossen kamen aus Geduld die Internationale.

Die Belegschaft erkannte die von den Gewerkschaften aufgestellten Vorschlagslisten nicht an, weil sie nicht gewillt ist, sich von unfähigen Betriebsräten vertreten zu lassen, wodurch sie nur selbst den größten Schaden erleiden muß.

Die Kollegen vom BA II stellten dabei zur Wahl eine dem Willen der Mehrheit entsprechende Liste — Grimm-George — auf.

Die Wähler prüften genau diese drei eingegangenen Vorschlagslisten und entschieden am Wahltag ab. Sie gaben diesen Gewerkschaftsführern die richtige Antwort.

Die Liste des OEB hat nach dem festgestellten Ergebnis in diesem Wahlgange 183 Prozent und die Liste des AEB 33 Prozent Stimmenverlust.

Mit Begeisterung nahm der größte Teil der Belegschaft nachfolgendes Stimmenergebnis entgegen:

Es erhielten Stimmen:	1923	1922
Liste I Grimm-George	608	—
II A. E. B.	263	384
III O. E. B.	426	905
Ungültig waren	48	—
	1380	1380

Es entfallen mithin auf:
Liste I Grimm-George 1 Sitz
II A. E. B. 2
III O. E. B. 4
Insgesamt 11 Sitze

Aus diesem Wahlergebnis ist zu ersehen, daß die Eisenbahner des BA II sich nicht von den Gewerkschaftsführern vorschreiben lassen, welche Kollegen für sie als Betriebsvertretung in Frage kommen sollen. Sie haben die Antwort erteilt und eine Betriebsvertretung gewählt, die auch wirklich für ihre Interessen eintreten wird, zum Wohle der gesamten Belegschaft.

Der Sieg der von den Kollegen aus dem Betrieb aufgestellten Liste I bedeutet eine schallende Ohrfeige für die Gewerkschaftsbürokratie, die sich der schäblichsten Mittel und persönlicher Verleumdungen gegen die Kollegen George und Groß bedienten, um die Liste zu Fall zu bringen.

Die in Frage kommenden Gewerkschaften aber haben nun auch ihre Pflicht zu tun und für die Eisenbahner der Feuerung entsprechende Löhne herauszuholen, damit auch ihre Notwendigkeit gerechtfertigt wird.

Die Sammlungen für den Kampf Fonds ergaben zusammen mit den Eintrittsgeldern 17 650 Mark.

Sozialdemokratische Erbärmlichkeit. Am Donnerstag, den 10. Mai, fand in Kohenan ein christlicher Jugendtag statt, bei dem die christlichen Vereine mit Fahnen, Bannern und Gesang durch die Straßen zogen. Da sich unter den Zeitnehmern der Zuzug leider zu 80 Prozent Arbeiterkinder befanden, beabsichtigte die hiesige kommunistische Jugend eine Gegenkundgebung. Dasselbe sollte den Zweck haben, die irreführten Proletarier aus den Junglingsvereinen auf die proletarische Jugendbewegung aufmerksam zu machen. Unsere KZ richtete deshalb an die Arbeiterjugend die Aufforderung, eine gemeinsame Kundgebung zu veranstalten. Hiermit war der Vorsitzende der KZ, Genossin Scholz, auch sofort bereit. Derselbe hatte jedoch die Rechnung ohne die Verhinderung aus dem sozialdemokratischen Verein gemacht.

Als die BEPS-Oberbunzen von dieser gefährlichen Gegenkundgebung hörten, fiel ihnen wie immer das Herz in die Hosen. Jugendleiter Scholz und Stadtverordneter Meder von der BEPS, bearbeiteten den anfangs standhaft verbleibenden Vorsitzenden so lange, bis er schließlich nachgab und seine der KZ gemachte Zusage zurückzog.

Bei der Bearbeitung des KZ-Beiters bedienten sich die BEPS-Verhämmer der schäblichsten Mittel. Sie drohten mit diktatorischen Mitteln usw. Das sollte aber leistete sich der Stadtverordnete Meder. Er drohte den Mitgliedern der KZ, welche an der Gegenkundgebung teilnehmen, mit Entziehung der städtischen Rente, die bisher der KZ zur Verfügung stehen, der KZ aber bisher verweigert wurde! So sieht diese BEPS-Größe aus!

Der Jugendleiter der BEPS, der die KZ leithandelt, ist ebenfalls nicht besser. Die Bezugs Scholz, Meder und Veinert sind der Ansicht, daß die Jugend, wie sie selbst sagten, sich an der Politik nicht die Finger verbrennen sollte. Weiser meinten die Herren, die Christlichen hätten der KZ doch nichts getan, was ihnen daher keine Gegenkundgebung veranlassen sollte.

Schlechte Mitglieder der KZ sind über das Verhalten der Verhämmer recht empört. Besonders ablehnen sie die Konsequenzen und schließen sich der KZ an.

Randeshut. Großartiger Karottafest. Während die Regierung wegen angeblicher Wirtschaftskrisen die Kartoffelausfuhr freigelegt und damit den Wucher mit Kartoffeln sanktioniert, handeln unsere Agrarier im Reich sehr patriotisch. Sie erklären, für die heimische Bevölkerung keine Kartoffeln zur Verfügung zu haben. Die Bemühungen eines hiesigen Arbeiters hatten weder im Kreisbauernhaus, noch auf den umliegenden Domänen Erfolg. Auf der einen Seite also Befehl über schlechten Wucher, auf der anderen Seite werden die notwendigen Speisefaktoren verweigert. Warum? Weil wahrheitsgemäß die ohnehin schon an Wucher grenzenden Preise diesen Christenheulen noch zu gering seien. Und das alles trotz Preisprüfungen und Verordnungen der Behörden gegen Wucher und Schleichung. Helfen können hier nur Kontrollauschüsse der Arbeiter, Beamten und Landarbeiter. Darum muß nun endlich an die Schaffung derselben gegangen werden.

Niesau. Schwarzweißrot. Wie im hiesigen Kreisblättern bekanntgegeben wurde, faßten die Schützen bei ihrem letzten Appell den Beschluß, beim nächsten Orgeschließen die schwarz-weiß-rotten Fahnen weihen zu lassen. Ob die organisierte Arbeiterschaft sich ein derartiges Weihen gefallen lassen wird, ist eine andere Frage. Die BEPS kann wohl sicher stolz auf ihre Mitglieder sein, die sich in den Reihen der Schützen befinden, ebenso auf die, die sich noch in den Reihen der bürgerlichen Sportvereine befinden. Die hiesige Orgesch wird immer dreister. Wann wird die Arbeiterschaft einmal die Kontrolle ihres Gewehrbestandes vornehmen.

Aus Gewerkschaften und Betrieben

Saboteure der Metallarbeiter in Bunzlau

Eine besondere Auffassung von der Bedeutung des 1. Mai haben die Herren Vorarbeiter der Firma Breitenfeld u. Scholz, Otto Mangel und August Radwih. Beide sind Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Herr Mangel ist besonders hervorzuheben, da er noch Mitglied der BEPS und Verwaltungsmittglied des Metallarbeiter-Verbandes ist. Gemahls war dieser Herr zweiter Bedollmächtigter und Betriebsratsmitglied. Entgegen dem Beschluß des Ortsausschusses und der Aufforderung ihrer Organisation, den 1. Mai durch allgemeine Arbeitsruhe zu feiern und zu demonstrieren, waren sie nicht im Demonstrationsszuge, sondern im Betriebe zu finden. Wir fragen: was hat ein Verwaltungsmittglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes am 1. Mai im Betrieb zu suchen, und was hat ein Mensch, welcher am 1. Mai arbeitet, in der Organisation als Verwaltungsmittglied zu suchen? Wir verwahren uns dagegen, von diesen Leuten als Kollegen betrachtet zu werden. Zu bemerken ist noch, daß Herr Vorarbeiter Mangel auch Andersdenkende, welche die Auffassung seiner Partei nicht zustimmen können, ganz besonders in sein Herz geschlossen hat, wovon er schon öfters Proben abgelegt hat. Ebenso auch Herr Radwih, welcher sich nicht geniert, wegen jeder Kleinigkeit zum Meister Hoffmann zu laufen, um die Kollegen anzuschwarzen. Arbeiter, laßt euch diese sauberen Herrn an den Gedanken, daß die genannten Personen in aller Kürze erst aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind, weich dieses Kinder sie sind. Schiebt diese verdorbenen Elemente beiseite; handelt als Klassenkämpfer. Nur dann ist es möglich, vorwärts zu kommen.

Die Gleiwitzer Metallarbeitervertrauensmänner fordern energischen Lohnkampf

Man schreibt uns: In einer ziemlich stark besuchten Vertrauensmänneritzung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes der Verwaltungsstelle Gleiwitz wurde zur Frage des 16. Verbandstages in Rassel Stellung genommen. Weil die Bezirkseinteilung bzw. die Vorschläge des Vorstandes, mit welcher die Verwaltungsstelle Gleiwitz zusammen wählen wird, noch nicht bekannt sind, mußte von der Aufstellung der Kandidaten Abstand genommen werden. Es wurde beschlossen, die Mitgliedschaft aufzufordern, in der Zeit bis zum 20. Mai ihre Wünsche bzw. ihre Anträge an die Ortsverwaltung einzureichen, die dann die Anträge formuliert und an den Vorstand weiterreicht. Anträge, die nach dem 20. Mai einlaufen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Nachdem noch zu der augenblicklichen Steuerung und dem Ergebnis der nicht befriedigten Verhandlung Stellung genommen wurde und von den Gewerkschaftsleitungen ein energisches Zugreifen gefordert wurde, mußte die Versammlung der vorgerückten Zeit wegen geschlossen werden.

Die nächste Versammlung der Vertrauensleute und Funktionäre wird als Tagesordnung für 1. Punkt Berichterstattung von der Betriebsratskonferenz des OEB und Verbandssangelegenheiten haben. Die Vertrauensleute werden hierdurch aufgefordert zu der Sitzung zahlreich zu erscheinen.

Vorbereitungen zum deutsch-französischen Riesenmontantrust

Hinter den Kulissen des Ruhrkampfes geht ein Prozeß vor sich, der neben diesem Kampf die wichtigste Gestaltung der Nachkriegsentwicklung des deutschen Kapitalismus darstellt. Denn zusammen mit dem Ruhrkrieg bildet die gegenwärtig im beschleunigten Tempo vor sich gehende Konzentrationsbewegung in der deutschen Industrie eine Voraussetzung für die sich vorbereitende Konstituierung eines schwerindustriellen zentral-europäischen Riesentrustes.

Man konnte bis vor Kurzem drei herrschende Kapitalgruppen in Deutschland feststellen. Die stärkste von ihnen bildete der Stinnesche Wirtschaftskomplex, der so genannt werden muß, weil er sich nicht mehr auf die Industrie allein beschränkt, sondern mit immer wachsender Expansionskraft in andere Gebiete der kapitalistischen Wirtschaft eindringt. Hierin kann das Stinnesche Kapital am besten wohl mit Rockefeller in Amerika verglichen werden, der auch mit Kohle-Industrien angefangen, im Lauf des halben Jahrhunderts dann eine ganze Reihe anderer Industriezweige sich untergeordnet und gleichzeitig sich zu einer ungeheuren finanzkapitalistischen Macht (die Weltbank National City Bank und ihr Machtbereich) entwickelt hat. Stinnes hat noch lange nicht die Stufe der großkapitalistischen Entwicklung Rockefellers erreicht, aber auch er, von seinem eigenen Betätigungsfeld — Schwerindustrie — ausgehend, dringt ein in fortschreitender, rücksichtslos durchgeführter Expansion in verschiedene Zweige der weiterverarbeitenden Industrie, des Transports (Schifffahrt) und — was besonders wichtig ist, auch des Bankkapitals. Denn in keinem Falle kann Stinnes als von legendärer Berliner Großbank abhängig bezeichnet werden. Vielmehr besitzt Stinnes heute seine eigene Kapitalquelle, die er bei seinen kapitalistischen Eroberungskriegen bemüht, und mit einem undurchsichtigen Schleier überzogen hat. Andererseits ist wahrscheinlich, daß Stinnes einen Teil — und nicht den kleinsten — der von ihm benötigten ungeheuren Kapitalien aus der modernen Geldquelle der Welt — aus Amerika — schöpft; denn es gibt heutzutage in Deutschland kaum eine großkapitalistische Gesellschaft, die in Hinsicht auf Auslandsunterstützung noch jungfräulich ist — und wie werden sehen, daß gerade die beiden anderen stärksten Kapitalmächte Deutschlands neben Stinnes ausgesprochenenweise starke finanzielle Verbindungen mit Wallstreet unterhalten, und zwar sogar zu einem ganz bestimmten Hause. Mit diesen Geldern kämpft Stinnes unabhängige kleine und große kapitalistische Konkurrenzkrfte durch und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande — so insbesondere in südlicher Richtung Europas.

Seinen wichtigsten Krieg führt Stinnes heute im Innern Deutschlands — es ist der Krieg um die Eroberung der Staatsmacht. Zwei Gegner hatte Stinnes in diesem Kriege: Die die A.G.O.-Gruppe, das „elektrische Kapital“ Rathenaus, ein vornehmlich Fertigfabrikat-Kapital, und das Reeder-Kapital Hamburgs und

Bremens. Gerade diese beiden Kapitalgruppen bilden die zwei anderen großkapitalistischen Komplexe, die neben Stinnes die wirtschaftspolitische Gewalt in Deutschland ausüben. So kann man auch den Stinneschen Krieg um die monopolistische Beherrschung des deutschen Staates in zwei Perioden einteilen: 1. 1920 bis 1922, als Stinnes gegen die Regierung der A.G.O., des oberen Kleinbürgertums und der Gewerkschaften, die Rathenau-Regierung zu kämpfen hatte, und 2. 1923, wo Stinnes den Cuno als Vertreter des Handels- und Reederkapitals, den Agenten des amerikanischen Standard Oil-Kapitalismus, sich gegenüber hat.

Wir haben Stinnes vorhin „König der Ruhr“ genannt. Es wäre aber fehlerhaft, ihn als König der Ruhr zu bezeichnen, denn es gibt im rheinisch-westfälischen Industriegebiet nicht nur Stinnes, sondern auch andere „Könige“, die sich foderatlich in einem Bundesstaat — dem Rohlenbund und dem Stahlwerksverband — vereinigen. In diesem Bundesstaat spielt Stinnes heute schon eine Rolle des preussischen Königs im nicht-vereinigten Deutschland vor 1871. Und es ist zweifellos sein Ziel, die anderen Könige sich unterzuordnen und damit die Kaiserkrone im geeinten Staat auf sein Haupt zu setzen. Vorläufig sind aber diese Könige noch zu stark und selbständig, und — das wichtigste — sie sind mit anderen Ländern verbunden. Denn gerade die drei oder vier Ruhrkongerene, die neben Stinnes augenblich die stärkste Expansionskraft aufweisen, gerade diese Kongerene sind nicht mit Stinnes, sondern — wie Thyssen, Welff und Haniel — mit der A.G.O.-Gruppe, oder — wie Krupp (Norddeutscher Lloyd) — mit dem nordwestlichen Kapitalstamm verbunden.

Die A.G.O. bildet seit jeher den Sammelpunkt aller „Außenseiter“, die sich vor der Stinneschen Offensive retten wollten. Der große Kampf zwischen Stinnes und Rathenau, der 1921 und 1922 um den deutschen Staatsapparat geführt wurde, war nicht nur ein Kampf der Parteien, der ehrgeizigen Personalisten oder der verschiedenen „politischen Ideen“, es war im wesentlichen ein Kampf zweier gigantischer Kapitalgruppen um die machtpolitische Vorherrschaft. Denn es zeigte sich bald, daß es keine wirklichen politischen Gegensätze waren, z. B. — wie das so oft gedacht wurde — in der außenpolitischen Orientierung, die Rathenau und Stinnes sich zu bekämpfen zwangen. Wenn der Erstere einen Vertrag mit dem französischen Industriellen Loucheur abschloß, so schloß der Zweite einen Vertrag nicht etwa mit England, sondern mit dem französischen Industriellen Lubsac. Sowohl bei Stinnes wie bei Rathenau war die Einstellung die gleiche: Nach Frankreich, d. h. die einzige Einstellung, die den Interessen des gesamten deutschen Kapitalismus von heute entsprechen konnte. Und nicht die Meinungsverschiedenheiten über den Kurs des Schiffes, sondern die Konkurrenzfrage, wer am Steuer dieses Schiffes stehen sollte — der Ruhrkonig oder die A.G.O. —, zwang die beiden Kapitalfuhrer in einen Kampf auf Leben und Tod.

A.G.O. Siegte, Rathenau regierte Deutschland. Und als er erschossen wurde, ging die Macht nicht etwa an Stinnes über, — denn für ihn war durch einen zufälligen Mord an einer Versammlung nicht der Kapitalkrieg über die gegenwertige Wirtschaftsmacht vorhanden —, sondern zu etwer mit der A.G.O. kartellierten Gruppe — der Jagap und den Norddeutschen Lloyd. Daß an Rathenaus Stelle nicht etwa sein nächster Gefühle Felix, sondern — sein lapidarisch angesehenerer Verwandter Wilhelm Cuno trat, lag zuerst an der Interessengemeinschaft zwischen den beiden Gruppen, dann insbesondere an der stärkeren Verbindung Cunos mit Amerika, also an seinen groeren Kreditausfuhren.

Es erbligt sich hier, durch ein anschauliches Anfahren all der Gaden, die sich in Form von Aufsichtsratsvertretungen, gemeinsamer Beteiligung usw., das Vorhandensein eines Bundes zwischen A.G.O. und Hamburg-Bremen nachzuweisen. Es genügt hier die Feststellung, daß die beiden einen gemeinsamen obersten Kapitalherrn haben, das Bankhaus Ruhn, Loeb & Co., ein Nebenorgan des Rockefellerischen Kapitals. Andererseits scheint es, als ob auch in Deutschland selbst A.G.O. und Jagap einen gemeinsamen Finanzfreund haben (direkt oder indirekt) — nämlich die Disconto, jedenfalls ließ sich schon früher, als der heutige Reichsanwalt noch in Hamburg saß und Vorsitzender der Jagap war, immer wieder das Zentrumtraktat bilden: Cuno — Deutsch — Dr. Salomonson. Dabei ist Cuno Aufsichtsrat bei der Hamburger Abteilung der Standard Oil — der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft.

Die industriellen Konzentrationsvorgange, die sich in den letzten Monaten in Deutschland abspielten, kommen nicht auf das Konto von Stinnes. Sie greifen vielmehr in das Gebiet der Interessengemeinschaft A.G.O.-Ruhrkongerene Otto Wolff (Linke-Hofmann-Kongern-Oberschlesische Eisenindustrie — Archimedes — Düsseldorf Eisenbahnen und Wabny-Harpener. Die Schaffung des ost-, mittel- und westdeutschen Metalltrusts ist zusammenzubringen mit der gegenwertigen Reichsanwaltschaft Cunos, mit den neuesten Angriffen Cunos gegen Stinnes und schließlich mit dem Ruhrkrieg — es ergibt sich dann ein Bild, das nicht allein auf den Drang zur vertikalen Konzentration als den Beweggrund der neuesten Konzentrationsvorgange in der Industrie schließen läst.

Bereitet sich eine kapitalistische Revolte gegen Stinnes vor? Oder ist die Vertrustung lediglich als die Vorbereitung der Gesamtindustrie zur bevorstehenden kontinental-europäischen Vertrustung mit Frankreich als Partner aufzufassen? Das Zweite ist sicher, das Erste nicht. Am wahrscheinlichsten ist es jedoch, daß all die drei Gruppen gerade im Hinblick auf die Verschmelzung mit der französischen Schwer-

Industrie, um ihr gegenseitig um so stärker in der Prozentverteilungfrage auftreten zu können, sich einigen werden und dann noch, bevor an des Ruhr ein Trust mit Frankreich entsteht, in Deutschland selbst ein Trust kommt, der sämtliche großkapitalistischen Systeme Deutschlands umfassen und eine Kraft herstellen wird, der gegenüber in der Weltgeschichte wohl nichts berlassliches aufzuweisen ist.

Das ist eine Frage der nahen Zukunft. Wenn wir das schon heute so laut wie nur möglich aussprechen, so tun wir das, um Alarm zu schlagen. Eine noch nicht dagewesene Gefahr bedroht die deutsche Arbeiterklasse. Die Gefahr einer wirtschaftlichen Niederlage und politischen Scheitern durch den heranrückenden nationalen und kontinentalen Trust. Diese Gefahr gilt für den kommunistischen Arbeiter genau so wie für den sozialistischen Arbeiter. Es ist jetzt, daß alle Arbeiter, die durch den Trust bedroht werden — und das sind alle Arbeiter Deutschlands — sich zur Abwehr organisieren. Möge die deutsche Arbeiterklasse bei dieser Abwehr von der Strategie lernen, die die sich vereinbarlichende Kapitalistenklasse heute schon anwendet und morgen in verstärktem Maße anwenden wird.

Die Abfindung der Kriegsbeschädigten

Der Internationale Bund der Kriegsoffer schreibt uns: R. S. Im 19. Ausschuss des Reichstages wird gegenwertig über die Novelle zum A.G.O. verhandelt. Die Novelle bezweckt die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Wertes der Rente von 1920. So sagt wenigstens das Reichsarbeitsministerium in seiner Begleitungschrift.

Die sogenannte „Wiederherstellung“ muß von den Kriegsoffizieren teuer erkaufte werden dadurch, daß eine halbe Million Kapital, die nicht mindestens ein Viertel ihrer Erwerbssahigkeit eingebst haben, aus der Versorgung hinausgeworfen werden. Es handelt sich hier nicht etwa um Kriegsbeschädigte, die Rente bisher nur als Ehrensold belahen, weil sie im Felde verwundet waren, sondern um Menschen, die zum großen Teil recht erhebliche Gesundheitsstörungen erlitten haben. Die Knochenentzugung (Paragraf 25 der A.G.O.) zählt solche Beschädigten auf, die mit 20 Prozent getwert werden. Einige Beispiele:

- Verlust von drei oder mehr Fingern einer Hand ausschließlich des Daumens, 20% Verlust der ganzen Kopfhaut (Staplerarbeit), 20%.
- Verlust eines Auges, 20%.
- Verlust des Daumens, 20%.
- Verlust aller Zähne, 20%.
- Verlust beider Ohrmuscheln, 20%.
- Abstoend wirkende Entstellung des Gesichts, die den Umgang mit Menschen erschwert, 20 bis 50 %.
- Verlust der Milz oder einer Niere, 20%.
- Widernaturlicher Astre, Urin oder Stuhl fuhel, 20%.

Alle diese Kriegsbeschädigten sollen nun abgefunden werden. Abgefunden mit einer lumpigen Entschädigung, während man nicht daran denkt, die völlig gesunden Offiziere, die große Pensionen beziehen, abzufinden. Bei ihnen handelt es sich um sogenannte wohlverordnete Rechte. Die mit Blut erworbenen Rechte der Kriegsbeschädigten sind nicht „wohl erworben“ genug. Sie sollen nun genommen werden. Im Reichstag ist bereits eine starke Majorität für die Abfindung vorhanden. Der „Dank des Vaterlandes“ hat sich in den 4 Jahren nach Beendigung des Krieges vollstandig erschöpft.

Die soziale Roma von Leo London

Ernst schüttelte den Kopf. „Einer unserer Lehrsätze sagt, daß jedes System, das auf Klassen und Kasten aufgebaut ist, den Reim seines Zerfalls schon von Anfang an in sich trägt. Wenn ein System auf Klassen aufgebaut ist, wie kann innerhalb dieser Klassen die Bildung von Kasten verhindert werden? Die Eisernen Feste wird dazu nicht umstande sein, aber am Ende werden die Kasten die Eisernen Feste vernichten. Die Oligarchen haben bereits unter sich Kasten gebildet; aber warte nur, bis die begünstigten Verbände Kasten bilden. Die Eisernen Feste wird vergeblich ihre ganze Macht aufbieten, es zu verhindern. Umsonst.“

In den begünstigten Verbänden ist die Hute der amerikanischen Arbeiter organisiert. Es sind starke, tatkräftige Männer. Jeder geschickte Arbeiter in den Vereinigten Staaten wird den Ehrgeiz haben, Mitglied dieser begünstigten Verbände zu werden. Die Oligarchie wird diesen Ehrgeiz und den daraus sich ergebenden Wettbewerb anstacheln. Und diese erstklassigen Arbeiter, die sonst vielleicht Revolutionäre würden, werden uns auf diese Art gewinnen; und ihre Kraft wird dazu benötigt, die Oligarchie zu stützen.

Andererseits werden die Arbeiterkassen, die Mitglieder der begünstigten Verbände, danach streben, ihre eigenen Organisationen zu heimlich abgeschlossenen Korperchaften zu machen. Und das wird ihnen gelingen. Die Mitgliedschaft in den Arbeiterkassen wird nur noch endlich werden. Die Kassen werden den Kasten folgen, und es wird keinen Zufluss neuer Kraft aus dem ewigen Kraftreservoir, dem gemeinen Volk, geben. Das wird Entartung dieser Arbeiterkassen bedeuten, und schließlich werden diese immer schwächer werden. Zu gleicher Zeit aber werden sie als Gesellschaft vorübergehend übermächtig sein. Sie werden wie die Palastgarde im alten Rom sein, und es wird Palastrevolutionen geben, wobei die Arbeiterkassen sich

der Herrschaft bemächtigen werden. Und es wird Gegenpalastrevolutionen von Seiten der Oligarchen geben, und bald wird die eine, bald die andere Partei die Oberhand und damit die Gewalt haben. Und durch all das wird die unermandliche Kastenverfestigung weiter fortschreiten, soals schließlich das gemeine Volk durch den Zerfall der anderen zu seinem Recht kommen wird.“

Diese Fortsetzung einer langsame sozialen Entwicklung machte Ernst, als er durch den Abfall der großen Verbände niedergeschlagen war. Ich stimmte ihm darin nie bei, und jetzt, da ich diese Zeilen schreibe, tue ich es noch weniger als je; denn gerade jetzt, obgleich Ernst tot ist, stehen wir vor einer Revolution, die alle Oligarchen wegwerfen wird. Aber ich habe hier doch Ernsts Phantasievision niedergeschrieben, eben weil es seine Phantasievision war. Doch lernes Glaubens an seine eigene Theorie, arbeitete er wie ein Riese gegen sie, und er hat mehr als irgend einer die Möglichkeit der Revolution geschaffen, die gerade jetzt auf das Signal zum Ausbruch wartet.

„Wenn aber die Oligarchie bestehen bleibt“, fragte ich ihn an jenem Abend, „was wird aus den großen Ueberschssen werden, die jedes Jahr auf ihren Anteil entfallen?“

„Irgendwie müssen sie an den Mann gebracht werden“, erwiderte er, „und verlass dich darauf, die Oligarchie wird schon einen Weg finden. Es werden herrliche Straßen gebaut werden. Große wissenschaftliche und besonders kunstlerische Werke werden entstehen. Wenn die Oligarchen das Volk vollstandig unterjocht haben, werden sie Zeit haben, für andere Dinge zu sparen. Sie werden Berehrer der Schönheit werden. Sie werden Kunstfreunde werden. Und die Künstler werden unter ihrer Leitung arbeiten und gromchtig belohnt werden. Dann wird es große Kunst geben, und die Künstler werden nicht länger mehr dem burgertlichen Geschmack des Mittelstandes willfahren. Es wird große Kunst sein, sage ich dir, und es werden Wunderwerke entstehen, die die Städte der alten Zeit billig und gewöhnlich erscheinen lassen. Und in diesen Städten werden die Oligarchen wohnen und die Schönheit erleben.“

So wird der Ueberschss beständig ausgegeben werden, während die Arbeiter lediglich die Arbeit tun. Der Bau dieser großen Anlagen und Städte wird Millionen von Arbeitern eine Hungerration gewähren, denn die ungeheure Größe des Ueberschusses wird zu gleich ungeheuren Ausgaben zwingen, und die Oligarchen werden für tausend, nein, für zehntausend Jahre bauen. Sie werden Bauten auf-führen, wie die Ägypter und Babylonier sich nicht habe träumen lassen. Und wenn die Oligarchen einst nicht mehr sind, dann werden ihre großen Straßen und Wunderstadte für die Bruderschaft der Arbeiter bleiben, damit diese darauf gehen und darin wohnen können.

Diese Dinge werden die Oligarchen tun, weil sie nicht anders können. Diese großen Werke werden die Form sein, die die Herausgabe des Ueberschusses annehmen wird und zwar auf dieselbe Weise, wie vor lang verflohenen Jahrtausenden die herrschenden Klassen in Ägypten ihren Ueberschss den sie dem Volk geraubt hatten, für den Bau von Zempeln und Pyramiden vertrieben. Unter den Oligarchen wird kein Priesterstand, wohl aber ein Kunstlerstand blhen. Und anstelle der burgertlichen handeltreibenden Klasse werden die Arbeiterkassen treten. Und unten wird der Abgrund sein, in dem das gemeine Volk, der große Teil der Bevölkerung, faulen und hungern und derwelen und sich doch immer wieder in sich erneuert wird. Und am Ende, wer weiß wann, wird das gemeine Volk sich aus diesem Abgrund erheben; die Arbeiterkassen und die Oligarchie werden wegbrechen, und dann wird zum Schluß und nach jahrhundertlangem Arbeit der Tag für den einfachen Mann anbrechen. Ich hatte geglaubt, diesen Tag zu erleben; aber jetzt weiß ich, daß ich ihn nie sehen werde.“

Er hielt inne und sah mich an. Dann sagte er: „Die soziale Entwicklung geht bitter langsam, nicht wahr, mein Liebling?“

Ich legte meine Arme um seinen Hals und drückte seinen Kopf an meine Brust.

„Stinge mich in den Schlaf“, murmelte er leisesam. „Ich habe ein Traumgesicht gehabt, und ich wute es vergebens.“

15. Kapitel

Die letzten Tage

Gegen Ende des Januars 1913 kam die veränderte Haltung der Oligarchie den bevorzugten Verbänden gegenüber zur Kenntnis der Oligarchen. Die Zeitungen beroffentlichten die Nachricht einer beispiellosen Lohnerhöhung und Verlanzung der Arbeitszeit für die Eisenbahner, die Silen- und Stahlarbeiter, Techniker und Maschinenisten. Aber die ganze Wahrheit wurde nicht gesagt; die Oligarchen wagten es nicht. Tatsächlich waren die Löhne noch viel mehr erhöhet worden, und die Vorrechte wurden entsprechend größer. All das war Geheimnis, aber Geheimnisse wollen heraus. Mitglieder der bevorzugten Verbände erzählten es ihren Frauen, und diese Kasten es weiter, und das wirkte die ganze Arbeiterklasse, was vorgegangen war.

Es war nur die logische Entwicklung dessen, was in seinen Anfängen schon im neunzehnten Jahrhundert in Erscheinung getreten war. Im wirtschaftlichen Kampf jener Zeit hatte man den Versuch mit der Gewinnbeteiligung gemacht; das heißt, die Kapitalisten hatten sich bewährt, die Arbeiter dadurch zu fesseln, daß sie diese finanziell an ihrem Wert beteiligten. Aber Gewinnbeteiligung als System war locherlich und unabhaltig. Gewinnbeteiligung konnte nur in vereinzelten Fällen unter dem System der freien Konkurrenz Erfolg haben; denn wenn alle Arbeit und alles Kapital die Gewinne teilten, so würden dieselben Verhältnisse eintreten, wie wenn es keine Gewinnbeteiligung gäbe.

So mußte der unpraktische Gedanke der Gewinnbeteiligung abgeworfen werden. Gest und mehr Lohn und weilte die Kasten auf das Publikum ab, war jetzt der Kriegruf der starken Verbände. Und diese selbstluchtige Politik wirkte hier und dort erfolgreich. Durch das Abwählen auf das Publikum wurde die große Masse der unorganisierten oder schwach organisierten Arbeiter getroffen. Sie bezog sich in Wirklichkeit die erhöhten Löhne ihrer stärkeren Brüder, der Mitglieder der bevorzugten Verbände, die in welchem Sinne Arbeiterkassen waren. (Fortsetzung folgt)

Sie Rentner werden beraubt, damit den Großindustriellen im Ruhrgebiet und anderen notleidenden Milliarden geholfen werden kann. Wann kommt endlich die Arbeiterregierung, die diesen Missetatenden ein Ende setzt!

Verturzt die Partei in den Betrieben!

Von Walter Ulbricht

Auf dem 3. Kongress 1921 haben wir eine Resolution angenommen über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien und über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit. Diese Resolution ist ausgezeichnet. Aber diese Resolution ist fast ausgesprochen russisch, d. h. es ist alles der russischen Entwicklung entnommen. Das ist das Gute an der Resolution, aber das ist auch das Schlechte. Es ist das Schlechte weil fast kein Ausländer — das ist meine Überzeugung, ich habe diese Resolution noch einmal gelesen, bevor ich das sage — die lesen kann.

Wie gesagt, die Resolution ist ausgezeichnet. Ich unterschreibe alle 50 oder mehr Paragraphen dieser Resolution. Aber wir haben nicht verstanden, wie wir mit unserer russischen Erfahrung an die Ausländer heranzutreten haben, alles in der Resolution sind tolle Buchstaben geblieben und wenn wir dies nicht verstehen, werden wir nicht vorwärts kommen.

Die ausländischen Genossen haben die Richtlinien, die wir über den organisatorischen Aufbau geschrieben haben und die nicht gelesen und nicht verstanden haben, mit unterzeichnet. Die ausländischen Genossen müssen diese Richtlinien verstehen lernen. Das ist ihre große Aufgabe. Man muß die Resolution zur Durchführung bringen. Man kann das nicht über Nacht tun, das ist absolut unmöglich, sie ist zu russisch, sie ist nicht die russische Erfahrung wieder, deshalb ist sie von den Ausländern nicht verstanden. Deshalb können die Ausländer nicht damit begnügen, daß sie diese Resolution als Heiligenbild an die Wand hängen und lesen, damit ist nichts erreicht. Sie müssen ein Stück der russischen Erfahrungen in sich aufnehmen. Sie müssen lernen, die Organisation, den Bau, die Methode, den Inhalt der revolutionären Arbeit wirklich zu verstehen. Wenn das geschieht, dann bin ich überzeugt, werden die Perspektiven der Weltrevolution nicht nur gute, sondern ausgezeichnete sein.

(Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Rede des Genossen Lenin auf dem IV. Weltkongress der Kommunisten.

Genosse Lenin betont mit Recht, daß die Genossen in den westeuropäischen Arbeiterpar-

teien durch ihre tägliche Arbeit die russischen Erfahrungen sich selbst erwerben müssen. Was ist aber das Wichtigste der russischen Erfahrungen? Es ist die Tatsache, daß eine kommunistische Partei ihre revolutionären Willkür nur dann erfüllen kann, wenn sie in den Betrieben fest verwurzelt ist, wenn sie in jahrelanger zäher Betriebsarbeit sich das Vertrauen der breiten Massen der Arbeiter erworben hat und dadurch zur Führerin des Proletariats wird. Die russische Partei hat den Beweis geliefert, daß nur durch ernste zielbewusste Arbeit in den Betrieben die kommunistische Partei mit Hilfe der breiten Massen der Arbeiter und Bauern die Macht erobern kann.

Auch in Deutschland ist die Bildung der proletarischen Einheitsfront im Kampfe gegen die Offensive des Kapitals und des Faschismus nur möglich, wenn die Partei endlich beginnt, systematische Betriebsarbeit zu leisten und entsprechend den Beschlüssen des 3. Weltkongresses Betriebszellen bildet. Nur auf diesem Wege wird es der Partei möglich sein, breite Massen der Arbeiter zu beeinflussen und im Kampfe zu führen.

In den letzten Wochen haben insbes. die Erfahrungen in der Ruhraktion sowie der Kampagne für die proletarischen Einheitsfronten in Sachsen den deutschen Parteigenossen die Notwendigkeit der Betriebsarbeit gelehrt. Es ist eine Tatsache, daß trotz der energischen und umfangreichen, großen Erfolg zeitigsten Propaganda im Ruhrgebiet die Partei nicht imstande war, anlässlich des Eisener Arbeitermordes und in anderen Fällen breite Massen zum Generalstreik zu veranlassen. Diese Schwächen der Partei haben in erster Linie ihre Ursachen in den geringen Verwurzelung in den Betrieben. Vieles ist die Situation in den mitteldeutschen Bezirken. Dort wird die Mobilisierung der proletarischen Massen gegen den Faschismus, für die Bildung proletarischer Hundertschaften am energischsten durchgeführt. Leider hat jedoch ein großer Teil der Genossen noch nicht erkannt, daß die proletarischen Hundertschaften nur als Einheitsfront-Organ der Arbeiter, aufgebaut auf den Betrieben, einen Sinn haben. Die Partei-Hundertschaften, wie sie von der SPD. propagiert werden und leider auch in einzelnen Ortsgruppen der KPD. wenigstens formal bestehen, führen in der Regel nur zu einer militärischen Spielerei. Gerade die russische Erfahrung lehrt, daß diese Kampforgane der Arbeiter nur dort lebendigen Inhalt haben, wo sie fest in den Betrieben verwurzelt sind und in enger Verbindung mit den breiten Massen der Arbeiter stehen. Der Wettkampf gegen den Faschismus ist überhaupt nur möglich, wenn er von breiten Massen

der Arbeiter getragen wird und nicht als Paratruppe behandelt wird. Aus diesem Grunde ist die Voraussetzung für diesen Wettkampf die Schaffung kommunistischer Betriebszellen.

Genosse Lenin sagt in seiner Rede auf dem vierten Kongress treffend:

„Vielleicht werden die Faschisten in Italien unseren Genossen den Organisationsaufbau und die Methoden ihrer Arbeit lehren.“

Die italienischen Faschisten haben das getan und unsere Genossen mußten sehr hohes Lehrgeld zahlen. Soll es auch in Deutschland so kommen? Wenn man sieht, wie wenig systematisch unsere Partei die Betriebsarbeit fördert und in welcher höllisch ungenügender Weise die kommunistische Presse über die wichtigsten Vorgänge in den Betrieben berichtet, dann scheint es so, als ob auch in Deutschland erst die Faschisten den Parteigenossen Unterricht geben werden über die Notwendigkeit der Schaffung kommunistischer Betriebszellen.

Genossen! Genossen! Euch die Lehren im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland oder wollt Ihr ebenso hohes Lehrgeld bezahlen wie die italienischen Genossen? Wenn Ihr das nicht wollt, dann konzentriert Eure besten Kräfte auf die Tätigkeit in den Betrieben, auf die Schaffung kommunistischer Betriebszellen.

Nur mit Hilfe der Betriebszellen ist die Schaffung der proletarischen Einheitsfront möglich.

Nur mit Hilfe der Betriebszellen kann die Organisation des Kampfes gegen den Faschismus und die Bildung aktiver proletarischer Betriebs-Hundertschaften geschehen.

Nur mit Hilfe der Betriebszellen wird die kommunistische Partei die Massenpartei, die sich durch unermüdete Arbeit für die Interessen des Proletariats das Vertrauen der Massen erwirbt und zur aktiven, zielbewussten Führerin der Massen wird, wie es die kommunistische Partei Rußlands ist.

Steigerung der Lebenshaltung

Senkung des Reallohns

Das Statistische Reichsamt, das die Preissteigerungen seit jeder viel zu niedrig errechnet hat, stellt auf Grund des Großhandelsindex eine Steigerung der Preise vom 25. April bis 5. Mai um 7,8 Prozent fest. Die Lebensmittel sind um 7,2 Prozent, Industriewaren um 8,5 Prozent gestiegen. In Wirklichkeit ist die Steigerung sehr viel größer.

Seit dem 10. Mai sind diese Angaben längst überholt. An der Spitze der neuen Preissteigerungen marschieren — wie üblich — die Schwerindustriellen vom Deutschen Stahlbund. Am

10. Mai wurde von ihnen eine Eisenpreis-erhöhung um 23,5 Prozent beschlossen. Dabei verhängte die Stahlindustrie zu seiner Entschädigung eine Erklärung, die die neuen Preise noch als zu niedrig bezeichnet. Die beschlossene Erhöhung deckt nicht die bisher eingetretene Steigerung der Produktionskosten, jedoch sah man aus allgemeinen Gründen davon ab, die Steigerungen voll in Rechnung zu bringen. Eine kräftige Verbilligung der Verbrauchergüter ist nicht zu erwarten.

Wie schön lang das doch, als Guro im Reichstag als erste Voraussetzung für den paktlichen Widerstand an der Ruhr das deutsche Volk aufrief, mitzuhelfen an der Stabilisierung der Preise und Löhne. Die Löhne sind stabilisiert, die Mark war stabilisiert. Und die Preise sind es nie gewesen.

Arbeiter! Merkt es Euch!

Stinnes lobt die Gewerkschaftsführer

Das führende Blatt der „Deutsche Allgemeine Zeitung“, schreibt folgenden Satz:

„Daß sich in den Monaten Februar, März und April der Bergarbeiterlohn in der gleichen Höhe bei diesen abnormen Zeiten gehalten hat, ist vor allen Dingen der Einsicht der Bergarbeiterführer zu danken.“

Die „Einsicht“ dieser Sorte Gewerkschaftsführer war die ungeheure Profitschiebererei der Kohlegewaltigen, war auf der anderen Seite das vermehrte Elend der Bergarbeiter. Gewerkschaftsführer werden belobigt, weil sie Arbeiter zum Hungern gezwungen haben.

Das Lob von Stinnes haben die reformistischen Gewerkschaftsböden reiblich verdient. Rechnen mit Euren Führern ab. Macht aus den Gewerkschaften Organisationen des revolutionären Klassenkampfes.

Verantwortlich für den gesamten reaktionären Zeitungsartikel, für den Inzeratentitel: Max B. Scher, Relationenbruch und Verlag, Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Hantel in Breslau.

Kaufe täglich Frauenhaare

Zahle pro Gramm bis 8.- Mk.

Selma Nunath, Breslau,

Schillerstrasse 21.

Berichtungs-Kalender.

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 50 Mark.

KPD Bezirksleitung: Büro u. Kass. Breslau, Lebnitzstr. 50, Tel. Ring 8857, Kassier: Wfr. Dehmer, Breslau, Lebnitzstr. 50.

Breslau, Mittwoch, den 15. Mai, abends 7.30 Uhr, im Parteibüro, Lebnitzstr. 50, Sitzung des Bezirksauschusses. Alle dazu bestimmten Genossen haben zu erscheinen.

Düsseldorf, Donnerstag, den 17. Mai, abends 7.30 Uhr, abends 12. außerordentliche Bezirksversammlung. Der Wichtigkeit der Angelegenheit halber ist es bei dieser Sitzung eines jeden Genossen, pünktlich und bestimmt zu erscheinen.

Freiburg, Mittwoch, den 16. Mai, abends 8 Uhr, im Schulsaal (Hinterhaus) Mühlbühlweg 10, Sitzung des Bezirksauschusses. Alle dazu bestimmten Genossen haben zu erscheinen.

Leipzig, Mittwoch, den 16. Mai, abends 8.30 Uhr, im Lokal „Schwarzer Hahn“ (Hinterhaus) öffentliche Bezirksversammlung gegen die Bolschewistik im Braunkohlenbezirk. Erscheint in Massen.

Peterswaldau, am Spingelmannabend, den 19. Mai, abends 7 Uhr, findet in Reichardt Gasthaus, Ober-Peterswaldau, eine offene Mühlbühlwegerversammlung statt. Empathiliebende und Zeitungsleser sind herzlich willkommen.

KJD Bezirksleitung: Max Gläsel, Breslau, Nollplatzstr. 49/50, Postfach 2000, Breslau 57596 Max Gläsel.

Breslau, beim Eska, Dienstag, den 15. Mai, abends 7 Uhr, im Eska, Lebnitzstr. 50, Sitzung des Bezirksauschusses. Alle dazu bestimmten Genossen haben zu erscheinen.

Leipzig, Freitag, den 18. Mai, abends 7 Uhr, im Eska, Lebnitzstr. 50, Sitzung des Bezirksauschusses. Alle dazu bestimmten Genossen haben zu erscheinen.

Leipzig, Freitag, den 18. Mai, abends 7 Uhr, im Eska, Lebnitzstr. 50, Sitzung des Bezirksauschusses. Alle dazu bestimmten Genossen haben zu erscheinen.

Leipzig, Freitag, den 18. Mai, abends 7 Uhr, im Eska, Lebnitzstr. 50, Sitzung des Bezirksauschusses. Alle dazu bestimmten Genossen haben zu erscheinen.

Leipzig, Freitag, den 18. Mai, abends 7 Uhr, im Eska, Lebnitzstr. 50, Sitzung des Bezirksauschusses. Alle dazu bestimmten Genossen haben zu erscheinen.

Leipzig, Freitag, den 18. Mai, abends 7 Uhr, im Eska, Lebnitzstr. 50, Sitzung des Bezirksauschusses. Alle dazu bestimmten Genossen haben zu erscheinen.

Schriften zur Ruhrbesetzung

EDO FIMMEN

Schrift des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Sitz Amsterdam

Die Weltlage und die Aufgaben des Internationalen Proletariats mit einer Einleitung und einem Nachwort von Z. Leder

Der internationale Kampf des Proletariats gegen Kriegsgelahr und Faschismus Protokoll der Frankfurter Konferenz vom 17. bis 21. März 1923 mit einer Einleitung und einem Nachwort

EUGEN PAWLOWSKI: Deutschland — eine Kolonie?

Der Kampf der Bergarbeiter um ihre Organisation

CLARA ZETKIN: Gegen Poincaré und Cuno

Dr. med. L. KLAUBER: Klassenkampf gegen den Hungertod Am Siebtag des wirklichen Volkes Mit Illustrationen

FRIEDRICH-LEONID: Warum Inflations / 10% oder die Nation Mit graphischen Darstellungen

Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten G. m. b. H. Berlin SW 61, Planufer 11

Schriften für jeden Arbeiter

Zahle die höchsten Preise für Gold-, Platin-, Silber-Schmuckstücke

Streng reelle Bedienung. Einkauf täglich 8-7 Uhr.

Überbiete jeden Konkurrenzpreis.

Bei steigendem Dollar sofort höhere Preise.

Kauf Zahn unter 400.— Mk. Knopfstifte die Hälfte.

Breslau, Matthiasstr. 18 I

Th. Schade.

Proletarier! Besitzt die Hinterschleife der Sprachwissenschaft? **Weltsprache „Esperanto“** Die von Gelehrten aller Nationen gesprochen und auch verwendet wird!

Wieder eingetroffen: Taschen-Kalender der KPD. für 1923.

255 Seiten stark. Preis: 250.— Mk.

Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft f. die Prov. Schlesien, Breslau 1, Nollplatzstr. 49/50, Sonntag, Tagungsbüro.



Eine besondere Empfehlung

der **„Warenhandel“** Spezialhaus

für feines und gediegenes **Schuhwerk**

Gneisenaustrasse 4

Straßenbahnlinien 7, 8, 10 und 11.